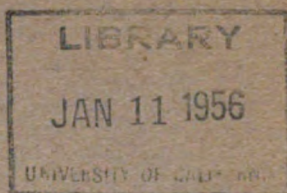


812
DUPLICATE
HOOVER LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 10

BERLIN, DEN 8. MÄRZ

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Revolte der „Dickköpfe“ / Varga: Die Strukturwandlung des Kapitalismus
in den Vereinigten Staaten / Hertha Sturm: Zum Internationalen Frauen-
tag 1927 / W. Kasparowa: Die Frauen in der chinesischen Revolution
T. G.: Die Arbeiterin in der Produktion der USSR / Bücher- und Zeit-
schriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 10 8. MÄRZ

I N H A L T

	Seite
Revolte der „Dickköpfe“	457
Martel: Das Einheitsproblem in Frankreich	463
Varga: Die Strukturwandlung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten	471
Sturm: Zum Internationalen Frauentag 1927	480
Kasparowa: Die Frauen in der chinesischen Revolution	486
T. G.: Die Arbeiterin in der Produktion der USSR	493
Walecki: Der neue Band des „Jahrbuches“	499

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar .

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

REVOLTE DER „DICKKÖPFE“

Formell herrscht im heutigen Parlament Englands das Zweiparteiensystem mit einem kleinen Anhängsel in Gestalt der liberalen Partei, die einen unbedeutenden Platz einnimmt und eine geringere Rolle spielt als seinerzeit die irischen Nationalisten. Der Premierminister spricht nach hergebrachter Art nicht im Namen der Partei — Gott behüte! — sondern im Namen des Volkes und der Gesellschaft. Der Führer der Opposition Sr. Majestät, Mr. Ramsay Macdonald, gibt sich die größte Mühe, um den guten Ton und die vornehmen Manieren der „Urmutter aller Parlamente“ nicht zu verletzen. In Wirklichkeit aber sind die beiden kämpfenden Parteien lange nicht so einheitlich und geschlossen, wie es den Anschein hat. Jede der beiden Parteien ist ein Amalgam verschiedener Richtungen, die vorläufig noch innerhalb der Parteiorganisation kämpfen, doch jederzeit bereit sind, zu entschlossenen organisierten Aktionen überzugehen.

Wir haben in den Spalten unserer Presse bereits mehrfach auf den Kampf der verschiedenen Strömungen in der Labour Party hingewiesen. Es ist richtig, daß die Labour Party formell die Führerschaft Ramsay Macdonalds anerkennt, der sich in letzter Zeit immer mehr den Ton eines Diktators zu eigen macht. Doch zugleich waren wir erst kürzlich Zeugen davon, wie dieser Führer bei einem derart wichtigen Problem, wie es die chinesische Revolution ist, dem Druck der Massen ohnmächtig gegenüberstand. In demselben Augenblick, wo er meinte, zu höchsten Ehren und zur höchsten Macht gelangt zu sein, trat es zutage, daß er in seiner eigenen Parlamentsfraktion in der Minderheit ist, und sich daher wohl oder übel damit trösten mußte, daß die ganze kapitalistische Presse, mit Einschluß der „Morning Post“ ihm ihr tiefstes Beileid ausspricht und ihn aller Verantwortung für die Taktlosigkeit der Labour Party-Fraktion im Parlament enthebt.

Um sich einen deutlichen Begriff über den inneren Kampf zwischen den verschiedenen Strömungen im Schoß der Labour Party zu machen, genügt es, sich den Entwicklungsverlauf der Kampagne im Zusammenhang mit der chinesischen Revolution zu vergegenwärtigen. Am 6. Februar veranstaltete der Vereinigte Nationalrat, in dem die Labour Party, ihre Parlamentsfraktion und der Gewerkschaftskongreß vertreten sind, ein gemeinsames Protestmeeting gegen die Intervention in China. Den Vorsitz führte John Hicks, als Redner traten Macdonald, Lansbury und Maxton auf. So schien es, als ob dieses Meeting eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung mit Ausnahme der Kommunisten darstelle. Wenden wir uns aber der Presse zu, die sich mit ihm beschäftigt, so werden wir sehen, daß von einer Harmonie nicht viel zu merken war. Selbst wenn man von den revolutionären Flugblättern der KP absieht, die von der Zuhörerschaft mit Sympathie entgegengenommen wurden, werden wir auf diesem Meeting schwerlich auch nur eine Spur von Einheit finden. Die „Morning Post“ begrüßt aufs wärmste Ramsay Macdonald, der, wie die Zeitung sagt, ehrlich genug war, die Regierung vor der Beschuldigung, sie zwingt Kanton den Krieg auf, in Schutz zu nehmen. Die „Times“ dagegen fallen über Hicks her, weil er zu

einer Unterstützung Kantons aufgefordert hat. Macdonald selbst aber verurteilt das Meeting, weil es für die Verteidigung des Krieges eingetreten sei, anstatt den Frieden zu predigen.

Immerhin war das Meeting von offiziellen Führern der Arbeiterbewegung organisiert und Macdonald hat es verstanden, ihm einen mehr oder weniger loyalen Anstrich im Stile der allgemeinen Politik von Sr. Majestät Opposition zu verleihen.

Ein ganz anderes Bild sehen wir jedoch, wenn wir die Konferenz betrachten, welche von dem Londoner städtischen Gewerkschaftsrat am 15. Februar organisiert war. Es beteiligten sich an ihr 561 Delegierte, darunter 392 Delegierte von 214 Organisationen aus 56 Gewerkschaften, ferner 49 Vertreter von 29 städtischen Gewerkschaftsräten, sowie 40 Delegierte von 27 Genossenschaften und 80 Delegierte von Organisationen der Labour Party, der ILP und der KP. Hier wollen wir nur eine der Resolutionen dieser Konferenz wiedergeben. Der „Daily Herald“ versuchte zuerst, diese Resolution mit Stillschweigen zu übergehen, doch unter dem Druck der Arbeiterorganisationen wurde sie schließlich doch zu deren Veröffentlichung gezwungen. Nachfolgend die Resolution nebst der Notiz des „Daily Herald“.

„Unter den Resolutionen, die von der aus Anlaß der Ereignisse in China einberufenen und in der Albertshall zusammengetretenen Konferenz des Londoner Gewerkschaftsrates (die gestrige Nummer des „Daily Herald“ enthält Mitteilung darüber) ist folgendes Aktionsprogramm enthalten, dessen Verwirklichung, wie die Konferenz erklärte, „die heilige Pflicht aller Organisationen der Arbeiterklasse“ ist.

1. Die Trade-Unions haben die Herstellung aller Kriegsmunition unter Embargo zu stellen, ebenso auch für Waffen-, Munitions- und Truppentransporte zum Zweck eines imperialistischen Ueberfalls auf China ein strenges Embargo zu erklären.

2. Sofortige Anerkennung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Chinas.

3. Anerkennung der Kantonregierung als einer Nationalregierung Chinas.

4. Verzicht auf die Privilegien der Exterritorialität, die gegenwärtig englische Staatsbürger in China genießen.

5. Verhandlungen mit der Kantoner Nationalregierung über den Abschluß neuer Verträge, die an die Stelle der bisherigen ungleichen Verträge treten sollen.

6. Sofortige Zurückziehung aller bewaffneten Kräfte aus dem chinesischen Territorium und aller Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern.

7. Enge Zusammenarbeit zwischen der britischen und chinesischen Arbeiterbewegung, sowie den britischen und chinesischen Trade-Unions. Absendung einer Trade-Union-Delegation des Generalrats nach China.

Den chinesischen Arbeitern wurde ein brüderlicher Gruß entboten.“

Diese Notiz gibt ein deutliches Bild des Charakters der Konferenz. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß diejenigen, die auf der Tribüne der Albertshall auf der äußersten Linken saßen, von den Delegierten der Konferenz sehr kühl empfangen wurden, diejenigen aber, die zu der feierlichen Tagung in der Albertshall nicht zugelassen wurden, so z. B. Gallacher und Stuart, spielten in der Versammlung der Delegierten einfacher Mitglieder der Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle.

Diese Gegenüberstellungen erscheinen uns ausreichend, um logisch zu dem Schluß zu kommen, daß die Labour Party kein einheitliches Ganzes ist und daß ihre inneren Kämpfe nicht ihrer Ueberwindung entgegengehen, sondern sich im Gegenteil immer mehr zuspitzen.

Nicht viel besser stehen die Dinge in den Reihen der Konservativen Partei. Ueber diesen Kampf sind wir natürlich viel weniger unterrichtet, denn er spielt sich in der Regel hinter den Kulissen ab, und dem Publikum wird das

Märchen von der vollen Einmütigkeit aufgetischt. Uebrigens hat sich der Kampf innerhalb der Konservativen Partei in letzter Zeit dermaßen zugespitzt, daß er nicht mehr verschwiegen werden kann und daß die bürgerliche Presse genötigt ist, offen darüber zu sprechen. Es ist immerhin nicht gar so leicht, sich in diesem Kampf zurecht zu finden. Die herrschenden Klassen Englands wenden das Prinzip der Arbeitsteilung mit großer Geschicklichkeit an, indem die eine Gruppe die Aufmerksamkeit der Volksmassen durch Zuckerbrot ablenkt, während die andere Gruppe Peitschenschläge austeilt. Jetzt aber nur von einer Arbeitsteilung zu sprechen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Wir sind Zeugen eines erbitterten Kampfes innerhalb der Konservativen Partei, der darin besteht, daß es Baldwin und seinen nächsten Gehilfen nicht gelingen wird, die in Aufruhr geratenen „Dickköpfe“ (die-hards, extrem rechter Flügel der Konservativen) zu bändigen.

Am Tage nach der Thronrede konnte es den Anschein haben, als ob die „Dickköpfe“ sich dem Willen der konservativen Führer unterwerfen und sich darauf beschränken würden, darüber zu murren, daß Baldwin kein Wort über den Kampf gegen die Sowjets gesagt hat und daß seine China gewidmeten Worte in gewollt mildem Ton gehalten waren. Doch diese Annahme rechtfertigte sich nicht. Einige Tage später wurde mitgeteilt, Mitglieder der Konservativen Partei beabsichtigten, an den Minister des Auswärtigen eine Anfrage über die Beziehungen zur Sowjetunion und an den Kriegsminister eine Anfrage über die antimilitaristische Tätigkeit der Kommunistischen Partei zu richten. Der politische Korrespondent des „Manchester Guardian“ kommentierte diese Nachricht folgendermaßen:

„Dieses Auftreten der konservativen Abgeordneten ist nur ein Sympton der in der Partei weitverbreiteten und wachsenden Unzufriedenheit mit der äußeren Tatenlosigkeit der Regierung. Bekanntlich war diese Frage bereits mehrfach Gegenstand der Erörterung des Kabinetts, und einfache Mitglieder der Regierungspartei dringen ernstlich auf eine Deklaration der Regierung hinsichtlich ihrer Absichten.“

Betrachten wir den Bericht über diese Interpellationen, so werden wir uns davon überzeugen, daß das Kommentar des „Manchester Guardian“ im großen und ganzen richtig war. Der Außenminister wurde förmlich mit heißen Fragen über die Beziehungen zu Sowjetrußland überschüttet, und diese Fragen zeichneten sich nicht nur durch die Hartnäckigkeit aus, mit der sie gestellt wurden, sondern auch durch ihre Schärfe. Die Antworten der Regierung lauteten aber offensichtlich ausweichend.

Einer der Interpellanten fragte, ob es dem Minister des Auswärtigen bekannt sei, daß sich im Lande in dieser Frage eine wachsende Unzufriedenheit bemerkbar mache. Lokker Lampson, der im Namen des Auswärtigen Amtes antwortete, beschränkte sich auf die Erklärung, die Regierung verfolge diese Angelegenheit. Ebenso ausweichend beantwortete die Regierung Fragen der Vertreter der Labour Party, die auf unzweideutige Antwort drangen, ob die englische Regierung bei der Sowjetregierung konkrete Beschwerden in der Frage der Propaganda erhoben habe. Die Antwort Lokker Lampsons lautete: „Ja, in unseren Verhandlungen mit dem Vertreter Sowjetrußlands haben wir des öfteren Gelegenheit gehabt, Beschwerde zu führen.“ Was aber die Dickköpfe angeht, so versuchten sie in der Form von Anfragen von der Regierung die Erklärung über den Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland zu erzwingen.

Im selben Geiste verlief auch das „Frage- und Antwortspiel“ über kommunistische Propaganda im Heere. Wir werden uns erlauben, diesen kurzen Dialog hier wiederzugeben:

„Kommandeur Fenshaw (Abgeordneter von Clackmannan, Western, konservativ) fragt, welche Schritte gegen die unter den nach China kommandierten Truppen betriebene kommunistische Propaganda unternommen worden sind?

Oberst Woodcock (Abgeordneter von Everton, konservativ) fragt den Innenminister, ob er wisse, daß unter den zur Einschiffung nach China bestimmten Truppen Flugblätter verbreitet werden, so ein Flugblatt unter dem Titel „Krieg“, herausgegeben von der KP und dem KJV Großbritanniens, Kingstreet 16, hergestellt in der Druckerei Dorrit Preß Limited, Lamb-Street 68-70, und welche Maßnahmen gegen die Verbreiter der Flugblätter, ihre Herausgeber und die Druckereibesitzer ergriffen wurden.

Sir Joynson-Hicks (Abgeordneter von Twickenham), Innenminister. Die Verbreitung des Flugblattes unter dem Titel „Krieg“ sowie anderer Flugblätter ist mir bekannt. Es wird mir gemeldet, daß einige derselben gegen das Gesetz verstoßen, andere nicht. Die Flugblätter der ersten Gruppe enthalten keine Angabe der Druckerei und werden, wie es scheint, mit größter Vorsicht und in kleiner Anzahl verbreitet. Eine Untersuchung ist eingeleitet, doch ist mir bisher noch nicht bekannt, ob sie Tatsachen zutage gefördert hat, die eine Handhabe zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens bieten.

Oberst Woodcock fragt, ob der Minister des Innern in das Flugblatt „Der Krieg“ Einsicht genommen habe und ob ihm bekannt ist, daß ein Offizier einen ganzen Haufen solcher Flugblätter beschlagnahmt und vernichtet hat.

Sir Joynson-Hicks erklärte, er hätte das fragliche Flugblatt aufmerksam gelesen und mit Vertretern des Gesetzes beratschlagt, zweifle aber stark daran, daß es dem Gesetze zuwiderlaufe, da unser Land sich weder mit China, noch mit einem anderen Land im Kriegszustand befinde. Führt man Krieg, so würde das Flugblatt zweifellos gegen das Gesetz verstoßen.

In Beantwortung einer Anfrage von Sir F. Hall (Abgeordneter von Dulwich, konservativ) erklärte Sir Joynson-Hicks, daß das Flugblatt eine Angabe der Druckerei enthält und daß die Herausgeber dem Innenministerium bekannt sind. Was andere Flugblätter anbetrifft, deren Inhalt viel schlimmer ist, so sind sie nicht unterzeichnet und bis heute sind noch die Verbindungen zwischen den Verbreitern dieser Flugblätter mit einer Druckerei nicht festgestellt.

Mr. Lucker (Abgeordneter von Essex, Liberaler). Ist es nicht an der Zeit, daß die Verbreitung solcher Flugblätter als Vergehen gegen das Strafgesetz betrachtet wird? (Ironische Zurufe aus den Reihen der Labour Party.)

Sir Joynson-Hicks: Ich glaube, daß darauf am besten das alte Sprichwort Antwort gibt: „Ehe man einen Hasen braten will, muß man ihn fangen“.

Der Kampf wird aber nicht nur im Parlament geführt. Vor kurzem hat sich in London eine neue Gruppe gebildet, die sich den Namen „Neue Verfassungspartei“ beilegte. Bei der Eröffnung der ersten Versammlung dieser neuen Partei, gab der Vorsitzende die Erklärung ab, sie sei von der alten Konservativen Partei abgesplittert und daß ihre Konstituierung dadurch hervorgerufen worden sei, daß die Politik der Regierung den Wünschen einer großen Zahl ihrer treuesten Freunde nicht mehr entspreche. Ein großer Teil der konservativen Presse und hervorragende Mitglieder der Konservativen Partei üben in öffentlichen Versammlungen in allen Teilen des Landes scharfe Kritik an der Regierung. Das Feuer der Opposition richtet sich hauptsächlich gegen die Sowjetunion und China. Obwohl die Thronrede die Sowjetunion nicht erwähnt, bringen sogar die sonst so zurückhaltenden „Times“ am 15. Februar einen Leitartikel, in dem sie gegen die Sowjetunion und die Kantonregierung scharfe Angriffe richten.

„Verhandlungen mit einer nationalen Regierung“ — schreibt die Zeitung — „ist eine doch Verhandlungen mit einer neuen revolutionären Regierung, die von Sowjetrußland inspiriert und instruiert wird, ist eine bedeutend schwierigere Sache.“

China und Sowjetrußland — das sind die Hauptthemen der Konservativen, die gegen Baldwin auftreten. Besonders klar wurde die Plattform der Opposition von Sir Alfred Mond formuliert, der erst vor kurzem der Liberalen Partei den Rücken gekehrt hat und nunmehr bestrebt ist, die eingefleischtesten Konservativen zu übertrumpfen. Er verhehlt nicht, daß er als Leiter der großen Firma Brunner und Mond auftritt, die stark in China engagiert ist. Er verweist darauf, daß es lächerlich sei, nur von China allein zu sprechen. China ist ein Teil des Ostens und eine Niederlage in China würde eine Niederlage in allen Teilen des Ostens mit sich bringen. Nicht minder deutlich wendet er sich gegen den Handelsvertrag mit der USSR und verlangt Abbruch aller Beziehungen mit der Union.

Das Thema China und Sowjetrußland ist auch innerhalb der Regierung das Objekt lebhafter Debatten. Die gut informierten „Sunday Times“ meldeten bereits am 13. Februar, daß die Diskussion über die Schanghaier Truppen in der Sitzung des englischen Ministerkabinetts 6½ Stunden gedauert hat. Die gemäßigttere Richtung äußerte sich in dem Sinne, daß dem Verlangen der Kantonregierung nachzugeben und die Truppen nach Hongkong zu dirigieren seien, die „Steinharten“ verlangten aber die sofortige Entsendung von Truppen nach Schanghai. Formell endete der Streit mit einem Kompromiß, das dem Kern der Sache nach aber einem Sieg der „Dickköpfe“ gleichkam. Die gleiche Zeitung prophezeite bereits am 13. Februar, daß sie auch in der russischen Frage schließlich den Sieg davontragen würden.

Einige Tager später, am 19. Februar, schrieb Ramsay Macdonald, der enge Beziehungen zur Regierung unterhält, in den Spalten des schottländischen „Forward“, daß das Kabinett geteilter Meinung sei und daß einzelne Minister im Innern des Kabinetts Gruppen ihrer Anhänger organisieren.

Wie schon oben erwähnt, fehlt es uns an genauem Material über den Charakter der inneren Kämpfe in den Reihen der Konservativen Partei. Eine aufmerksame Betrachtung der Reden von Vertretern verschiedener Richtungen führt uns zur Auffassung, daß die leitende konservative Gruppe zu einem Kompromiß neigt, welches darauf hinausläuft, daß die Konservative Partei geschlossen gegen die USSR und gegen die nationalrevolutionäre Bewegung in China auftreten wird, wogegen die „Dickköpfe“ auf die sofortige Durchführung drakonischer Gesetze gegen die Gewerkschaften verzichten. Damit hoffen die Konservativen nicht nur die Einheit ihrer Partei zu retten, sondern auch einen Teil der Führer der Arbeiterbewegung auf ihre Seite zu ziehen.

Bereits am 10. Dezember widmete die „Morning Post“, nunmehr offiziöses Organ eines Teiles der Regierung (Churchills und seiner Freunde), einen Leitartikel einer freundschaftlichen Unterhaltung mit Macdonald. Anlaß dazu bot der Regierung ein Begrüßungsschreiben Macdonalds an das EK der Londoner Labour Party-Organisation. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Seit Jahr und Tag verfolge ich aufmerksam den herrlichen Kampf, den Euer EK gegen die Kommunisten in London führt.“ Nebenbei bemerkt, hatte die „Huldigung“ den Zweck, das Londoner EK nach der Niederlage zu trösten, die es sich bei seinem Versuch, die Kommunisten von der Maifeier auszuschließen, geholt hat.

Die „Morning Post“ fragt Macdonald:

„Wenn die Londoner Labour Party für den Ausschluß von Kommunisten Lob verdient, warum sollte denn die Regierung nicht die gleiche Politik führen? Warum soll es nur den Sozialisten erlaubt sein, die Kommunisten zu bekämpfen?“

So fragt die „Morning Post“ und bittet flehentlich um eine Einheitsfront gegen die Kommunisten in England und in der USSR. Die „Morning Post“ zitiert selbst Lenin, indem sie Macdonald an folgende Worte erinnert: „Wir werden die Macdonalds und Hendersons unterstützen, so wie der Strick den Gehängten unterstützt“.

Höchst bezeichnend ist es, daß Churchill, der „spiritus rector“ der extremen Rechten in der Regierung, der offene Lobsänger auf Mussolini, heute in der Bearbeitung der Gewerkschaftsführer besondere Aktivität an den Tag legt. Ueber ein Liebesmahl, das dieser Fortschrittsmann gemeinsam mit Citrin, Cramp u. a. Gewerkschaftsführern veranstaltet hat, sind selbst in die Presse Meldungen gedrungen. Der „Daily Herald“ versuchte das Ganze so darzustellen, als ob es sich um eine einfache Unterhaltung bei einer Tasse Tee oder einem freundschaftlichen Mittagessen gehandelt habe. Doch diese Details sind unwesentlich. Von Belang ist nur die Tatsache, daß ein ernster Versuch gemacht wird, eine Einheitsfront zu bilden, um die ganze Welt in ein Meer von Blut zu tauchen.

Werden die Dickköpfe ihr Ziel erreichen? Noch ist es schwer, eine endgültige Antwort darauf zu geben. Ohne Zweifel aber zieht die Revolte der Dickköpfe, der extremen Rechten in der Konservativen Partei, die ernstesten Folgen nach sich. Nicht ihre Ausfälle gegen die USSR sind hier maßgebend. Alle Reden Chamberlains beweisen, daß die englische Regierung die von ihr übernommene Verpflichtung, „der Sowjetregierung unverzüglich alle vermuteten Fälle der Verletzung von Verpflichtungen mitzuteilen und eine Anhäufung solcher Fälle ohne Beschwerdeerhebung nicht zuzulassen“, nicht erfüllt hat. In dieser Frage haben wir die gewichtige Erklärung des stellvertretenden Kommissars für auswärtige Angelegenheiten in der USSR, M. M. Litwinow, der in Beantwortung einer Anfrage einer Gruppe von Mitgliedern des ZEK über die englisch-russischen Beziehungen folgendes erklärte:

„Ich muß mit aller Bestimmtheit erklären, daß die Sowjetregierung sowie ihre Gesandtschaft in London von der englischen Regierung nicht ein einziges Mal irgendwelche Hinweise auch nur auf einen konkreten Fall der Verletzung des Vertrags von 1921 durch die Regierung der USSR erhalten hat.“

Diese Erklärung wurde am 21. Februar d. J. abgegeben. Der stenographische Bericht über die Anfragen und deren Beantwortung im englischen Parlament weisen überzeugend nach, daß die englische Regierung nicht imstande ist, diese kategorische Erklärung zu widerlegen. Es handelt sich natürlich nicht um formelle Vorwände. In den Beziehungen zu Sowjetrußland sehen wir die Früchte koordinierter Arbeit der ehemaligen zaristischen Beamten, der sogenannten russischen Gläubiger und der „Dickköpfe“, die in der Republik der Arbeit das ernsteste Hindernis zur Verwirklichung ihrer Plünderungspläne sehen. Der Ideologe der „Dickköpfe“ China gegenüber ist der Leiter der Firma Brunner und Mond, der offen erklärt, daß der Sieg des revolutionären China einem Ende der Räubereien des englischen Kapitals in ganz Asien gleichkommen würde. Gegen einen solchen Standpunkt ist jede Argumentation machtlos.

Die nächsten Ergebnisse, die die Revolte der englischen extremen Konservativen zeitigen wird, hängen daher von dem Kräfteverhältnis sowohl in England als auch der übrigen Welt ab. Sie zwingt die Proletarier aller Länder zu größter Wachsamkeit, angesichts der Gefahren, die sich für die unterdrückten Völker, die Arbeiterklasse, die chinesische revolutionäre Bewegung und die USSR aus dem möglichen Triumph der extrem konservativen „Dickköpfe“ ergeben.

. . . Der Artikel war bereits geschrieben als die Note des Herrn Chamberlain kam. Diese Note zeugt davon, daß innerhalb des Ministerkabinetts eine Einigung erzielt wurde, die auf den Versuch hinausläuft, eine Einheitskampffront gegen die USSR und gegen China zu schaffen, auf Kosten der Versprechung einiger Zugeständnisse an die reformistischen Arbeiterführer. Es ist klar und offensichtlich, daß nach dieser Note alle Kräfte angespannt werden müssen, um die ganze Arbeiterbewegung zur Verteidigung der USSR und zur tatkräftigen Unterstützung Chinas gegen die blindwütige Reaktion in England, die von den Führern der II. Internationale unterstützt wird, zu mobilisieren. Eine Analyse dieser Note erübrigt sich, selbst die besten Freunde der englischen Regierung müssen zugeben, daß sie jämmerlich und schwach ist. Sie enthält keine überzeugenden Argumente. Noch bevor wir im Besitz dieser Note waren, betonten wir, daß es sich nicht um Argumente handelt, sondern um bestimmte Gruppen des englischen Kapitals, die bestrebt sind, um jeden Preis die erste Republik der Arbeit zu vernichten und ihre imperialistische Herrschaft im Osten zu sichern.

MARTEL:

DAS EINHEITSPROBLEM IN FRANKREICH

Es sind kaum drei Jahre vergangen, daß die II. Internationale mit größter Sicherheit den Eintritt einer neuen pazifistischen Aera im Zusammenhang mit dem Siege Macdonalds in England und Herriots in Frankreich verkündete. Als Ergebnis dieser Frühlingssiege Ende 1923 und Anfang 1924 beobachten wir aber in Großbritannien eine unerbittliche Offensive der schwärzesten Reaktion. Wir sehen auch, wie sie die größten Anstrengungen macht, die chinesische Revolution im Blute zu ertränken und die erste Republik der Arbeit aufs neue anzugreifen. Indessen steht in Frankreich aber Poincaré-la-guerre am Ruder und verhöhnt alle die, die über das Wahlresultat des 11. Mai 1924 gejauchzt und gejubelt hatten. Und er hat guten Grund zu dieser Verhöhnung. Die englische Bourgeoisie hat zu dem gefälschten Sinowjew-Brief greifen müssen, um bei den neuen Wahlen zu siegen, die französische Bourgeoisie aber hat es nicht einmal notwendig gehabt, neue Wahlen auszuschreiben: sie hat es verstanden, den Führer des siegreichen Kartells vor den Wagen Poincarés zu spannen und mit der Verwirklichung ihres reaktionären Programms zu beginnen.

Die Niederlage des Blocks konnte selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der breiten Arbeitermassen bleiben. Der französische

Proletarier überzeugte sich an Hand der Tatsachen, wie illusorisch jene Hoffnungen waren, die er auf das Bündnis der sozialistischen Partei mit dem bürgerlichen Linksblock gesetzt hatte. Zwar geben sich die Helden des verkrachten Blocks die erdenklichste Mühe, um zu beweisen, daß die eigentlichen Schuldigen an der Niederlage des Kartells die . . . Kommunisten sind. Eine höchst merkwürdige und eigentümliche Beschuldigung! Die Kommunistische Partei hat ja nicht nur offen gegen den Block gekämpft, sondern hat auch in den Frühlingstagen 1924 die Arbeiter vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch des Blocks, vor dessen Ohnmacht, den Interessen der werktätigen Massen gerecht zu werden, gewarnt. Trotzdem versuchen nicht nur die Radikalen, sondern auch die Sozialisten den breiten Massen einzureden, daß der Sieg Poincarés zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Kommunisten das ganze Gewicht . . . ihre 30 Parlamentsstimmen Herrn Herriot zur Verfügung gestellt hätten. Laut dem Bericht der linkssozialistischen Zeitung „Etincelle“ vom 25. Dezember 1926 äußerte der sozialistische Maire Marin wörtlich folgendes:

„Man macht uns den Block zum Vorwurf. Doch hätte es keinen Block gegeben, so hätten wir die Eroberung fast aller Parlamentssitze durch die Reaktion nicht verhindern können, hätte aber die Kommunistische Partei den Block unterstützt, so wäre unsere heutige Situation eine andere.“

Hier ist jedes Wort Goldes wert. Marin weiß natürlich ausgezeichnet, daß Poincaré trotz der Wahlergebnisse des 11. März ans Ruder gekommen ist. Er weiß auch noch etwas anderes — daß nämlich auch heute noch die Blockteilnehmer überhaupt und die Sozialisten im speziellen es nicht wagen, Poincaré zu „stören“. Erst vor ganz kurzer Zeit hat ja noch Leon Blum dafür gesorgt, daß der feste Wunsch Poincarés, das Parlament zu ignorieren, „befriedigt“ wird. Wir beabsichtigen keineswegs, an dieser Stelle mit Marin zu polemisieren. Wir haben seine Rede nur als Beispiel der Ausflüchte zitiert, die die Blockmitglieder vorbringen, um ihren schmachvollen Bankrott zu rechtfertigen.

Die Blockanhänger sind sich jedoch darüber klar, daß die Wiederherstellung des alten Kartells sich nicht so leicht wird bewerkstelligen lassen. Die eigentliche Seele des Blocks waren die Sozialisten, obwohl sie nicht direkt an den Blockregierungen beteiligt waren. Herr Blum setzt im „Populaire“ jedoch in autoritativer Art auseinander, daß die Sozialisten selbst ohne Beteiligung an der Regierung in geschlossener Front die Parlaments- und Regierungskombinationen Herriots und seiner Freunde unterstützen könnten. Diese von Herrn Blum gegebenen Aufklärungen haben nicht allein den Vorzug, daß sie aus einer autoritativen Quelle fließen, sondern sie scheinen uns auch an und für sich höchst überzeugend zu sein. Die unmittelbare Beteiligung der Sozialisten an der Regierungstätigkeit des Blocks würde den Unwillen der aktivsten proletarischen Elemente, die noch in den Reihen der sozialistischen Partei stehen, hervorrufen. Eben für diese Proletarier erfanden die schlaunen Führer der sozialistischen Partei die Formel „Unterstützung ohne Beteiligung“, eine Formel, die es Herrn Blum und seinen Freunden ermöglichte, das ganze Ansehen und die ganze Kraft der sozialistischen Partei in den Dienst der raschwechselnden Blockregierungen zu stellen.

Die Führer der sozialistischen Partei suchen jetzt nach einer Formel, die

die Arbeitermassen mit dem Gedanken der Wiederherstellung des alten Blocks versöhnen könnte. Es ist aber schwer, eine solche Formel zu finden. In der Zeit zwischen dem 11. Mai 1924 und den glutvollen Sommertagen 1926 hat sich das soziale Gesicht Frankreichs gewandelt. Das Ergebnis dieser Wandlung war, daß Frankreich heute der Schauplatz eines intensiven und stark ausgeprägten Klassenkampfes ist, der sich nicht leicht in die Formeln des linken Blocks pressen läßt.

Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Wandlungen ausführlich zu schildern. Wir beschränken uns auf die Schilderung der wichtigsten Veränderungen, die die Psyche der proletarischen Massen Frankreichs beeinflussen.

Die Nachkriegsjahre standen im Zeichen der Industrialisierung und einer starken wirtschaftlichen Entwicklung. Das kleinbürgerlich-bäuerliche Frankreich verwandelte sich in einen mächtigen kapitalistischen Staat von größter Bedeutung. Das rasche Tempo der kapitalistischen Entwicklung hatte zur Folge, daß in Frankreich, dessen Bevölkerungsziffer, wie auch bisher nur langsam zunimmt, ein starkes Bedürfnis nach Arbeitskräften entstand. Es wurde daher zum Anziehungspunkt für Millionen ausländischer Arbeiter, die infolge der schweren wirtschaftlichen Lage ihres Heimatlandes oder durch politische Verfolgungen genötigt waren, ihre Heimat zu verlassen. Diese starke Nachfrage nach Arbeitskräften ermöglichte es auch den französischen Arbeitern, ungeachtet dessen, daß sie nur über schwache Gewerkschaftsorganisationen verfügen, ihre Interessen mit größerem oder geringerem Erfolg zu verteidigen.

In die Epoche der Industrialisierung fällt auch die Entstehung, Festigung und Entwicklung starker Organisationen des Industrie- und Finanzkapitals, die faktisch die Geschicke des Landes bestimmen. Diese Organisationen rechnen nur wenig mit dem Willen des Parlaments und der Parlamentsparteien. Ihre Führer sind sich vollkommen klar darüber, daß sie über die ausschlaggebenden Machtpositionen verfügen und daß es sie große Mühe kosten wird, das politische Mosaik, das sich auf dem Boden des alten kleinbürgerlichen Frankreichs herausgebildet hat, zu überwinden. Gleichzeitig arbeiteten die Trust- und Bankleiter emsig und zielbewußt daran, den politischen Ueberbau an die neue Wirtschaftsstruktur Frankreichs anzupassen. Die Losung dieser wahren Beherrscher des neuen Frankreichs war: „eine starke Macht!“ Darunter verstanden sie die Konsolidierung und den Zusammenschluß der zersplitterten politischen Organisationen der Bourgeoisie zu einer starken politischen Partei, der sie die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen könnten. Aus Rücksicht auf die Macht der Ueberlieferung beschränkten sie sich vorläufig auf die Losung des „nationalen Zusammenschlusses“. Wenn wir auf diese Manöver der französischen Bourgeoisie unsere Terminologie anwenden, so können wir sagen, daß dort praktisch eine bürgerliche Einheitsfront als Uebergangsstufe zur organischen politischen Einheit verwirklicht wurde.

Ihre Taktik wurde von Erfolg gekrönt. Trotz der Ergebnisse der Wahlen vom 11. Mai steht der Stroh puppe der Großfinanz und Großindustrie, Poincaré, eine feste Mehrheit zur Verfügung, die gehorsam nach der Pfeife ihres Herren tanzt. Die herrschenden Klassen Frankreichs haben somit glücklich einen Ausweg aus jener schwierigen Lage gefunden, die das Resultat eines Konflikts zwischen den politischen Parteien älterer Formation

und den wirtschaftlichen Vereinigungen des neuen Frankreichs war. Nach der Lösung dieser Aufgabe konnten die herrschenden Klassen in aller Ruhe und Sicherheit an die allgemeine kapitalistische Stabilisierung herangehen, deren erste Etappe in Frankreich die Stabilisierung der Geldwährung war.

Die französische Regierung arbeitet jetzt an der Stabilisierung des Franken. Zwar diskutieren noch die einzelnen Gruppen der herrschenden Klassen über den Stabilisierungskurs: die Industriellen träumen noch immer von einem billigen Franken, um erfolgreicher um ihre Geltung auf dem Weltmarkt kämpfen zu können. Die Finanzmagnaten scheinen aber auf einen radikaleren Umschwung zu dringen, um den Wert des Franken zu heben. Es ist anzunehmen, daß es schließlich zu einem Kompromiß zwischen den kämpfenden Gruppen kommen wird. Jedenfalls steht fest, daß die künstliche Unterstützung der Industrialisierung mit Hilfe der Inflation beendet ist. Frankreich — d. h. in erster Reihe das französische Proletariat — hat jetzt die Stabilisierungswechsel zu bezahlen.

Die Inflation vollzog sich in erster Linie um den Preis des Ruins der Bauern und der kleinen städtischen Inhaber staatlicher Wertpapiere. Auch die Proletarier hatten selbstverständlich darunter zu leiden, denn die Kapitalisten waren auch in der Zeit wirtschaftlicher Blüte bestrebt, möglichst viel aus den Arbeitern herauszupressen. Sie nutzten zu diesem Zwecke sowohl die Schwäche der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung aus, als auch die aktive Unterstützung der reformistischen Konföderation der Arbeit (CGT), die es vorzog, die Unternehmer gegen die in der CGTU organisierten revolutionären Arbeiter zu unterstützen. Die Deflation wird aber ganz offen und zynisch auf Kosten des Proletariats durchgeführt.

Die erste Begleiterscheinung der Stabilisierung ist die Arbeitslosigkeit. Die Regierung Poincarés war zuerst bestrebt, diese Tatsache zu verhehlen, um auf ihren Sieg, die Gesundung der französischen Wirtschaft, keinen Schatten zu werfen. Auch jetzt noch ist die offizielle Presse bestrebt, die Bedeutung und die Dimensionen der Arbeitslosigkeit zu verheimlichen. Doch — nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen. Die Arbeitslosigkeit ist eine Tatsache. Die Wunden, die sie schlägt, sind von Tag zu Tag tiefer und schmerzlicher. Es wächst die Zahl der Arbeiter, die vollkommen erwerbslos sind, es wächst auch die Zahl der Kurzarbeiter, die nur wenige Tage in der Woche beschäftigt werden. Unter der Wucht dieser Tatsachen reift in den Arbeitermassen das Bewußtsein der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der proletarischen Reihen zum Widerstand gegen den wirtschaftlichen Druck, der sich von Tag zu Tag immer schärfer und stärker fühlbar macht.

In der Zeit wirtschaftlicher Blüte konnten die Sozialverrater und die reformistischen Gewerkschaftler die instinktiven Einheitsbestrebungen der Arbeiter und den Kampf der Kommunistischen Partei um die Einheitsfront mehr oder weniger ignorieren. Heute hat sich das Bild geändert. Die Arbeiter verlangen immer vernehmlicher und gebieterischer den Zusammenschluß der proletarischen Kräfte. Selbst in der Zeit der kapitalistischen Blüte gelang es der KP mehrmals, gemeinsame Aktionen kommunistischer, parteiloser und sozialistischer Arbeiter zu organisieren. Arbeiter, die in reformistischen Gewerkschaften organisiert waren, kämpften häufig Schulter an Schulter mit den Mitgliedern der revolutionären Gewerkschaften für die

von der CGTU aufgestellten Lösungen, Damals aber konnten die offiziellen Führer der sozialistischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften die Einheitsfrontvorschläge der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften mehr oder minder straflos ablehnen. Heute jedoch weckt der Kampf um die Einheit lebhaftesten Widerhall in den Organisationen der sozialistischen Partei und in den Gewerkschaften der reformistischen CGT. Die Reformisten sind zu einer klaren Stellungnahme in dieser Frage genötigt. Sie geben sich darüber Rechenschaft, daß ein Kampf gegen die Einheit sie mit dem Verlust ihrer Stützpunkte in den Massen bedroht. Außerdem ist das Streben der Arbeiter nach der Einheit der proletarischen Reihen ein großes Hindernis für den Triumph des von den Reformisten gehätschelten Gedankens der Arbeitsgemeinschaft und der Wiederherstellung des Blockverhältnisses. So verzichten die Reformisten heute auf einen offenen Kampf gegen die proletarische Einheitsfront, in der Absicht, den gesunden Drang der Arbeiterklasse nach Zusammenschluß und Einheit durch eine Reihe raffinierter und geschickter Manöver in ihrem eigenen Interesse auszunützen.

Diese Manöver, die sowohl auf gewerkschaftlichem als auch auf politischem Gebiet ausgeführt werden, verdienen nähere Beachtung. Zunächst wollen wir uns mit den Manövern des Herrn Jouhaux und seiner Anhänger beschäftigen.

Bekanntlich führt die CGTU schon seit Jahren einen hartnäckigen Kampf für die praktische Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit.

Alle Vorschläge, die von der CGTU an die reformistische CGT gerichtet wurden, blieben aber resultatlos. Unter der einfachen Mitgliedschaft der reformistischen Gewerkschaften weckten sie oft große Sympathien, doch die reformistischen Gewerkschaftsführer folgten hartnäckig dem Dirigentenstab des Herrn Jouhaux, der sich treu bleibt und auch heute ein Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie der Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern vorzieht. Die Leiter der reformistischen Gewerkschaften begreifen jedoch, daß eine neue Zeit gekommen ist, die neue Anforderungen an sie stellt. Sie kamen auf den Gedanken, in Sachen der Gewerkschaftseinheit die Initiative zu ergreifen, und so erhielt eines schönen Tages der revolutionäre Eisenbahnerverband von der reformistischen Eisenbahnergewerkschaft ein Manifest mit einem — Einheitsvorschlag.

Dieses Dokument ist nach mancher Richtung hin interessant und würde eine wörtliche Wiedergabe verdienen. Leider ist es sehr lang und seine Wiedergabe an dieser Stelle deshalb nicht möglich. Vom theoretischen Standpunkt aus kann das Manifest getrost als ein Zeugnis politischer Geistesarmut und beispielloser Heuchelei gewertet werden. Die Verfasser des Dokuments wiederholen „ehrlich“ das blöde Gerede über die „volle Unabhängigkeit“ der Gewerkschaftsbewegung von allen politischen Parteien, Gruppen, Sekten usw. Wir gebrauchen den Ausdruck „blödes Gerede“ mit voller Absicht. Dieses Dokument ist ja Ende 1926 verfaßt, als das alte kleinbürgerliche Frankreich, wo die syndikalistische Theorie entstand, längst tot war. Auch diese Theorie existiert nicht mehr und kann von niemand mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Die reformistische CGT ist keineswegs unabhängig von der sozialistischen Partei und von den bürgerlichen Organen, mit denen die französischen

Sozialisten in steter Fühlung zusammenarbeiten. Uebrigens erklären die Verfasser des Manifestes selbst offen genug, gegen wen sich diese Unabhängigkeit richtet. Im dritten Punkt ihrer Friedensvorschläge betonen sie, daß eine Vorbedingung zur Einheit die Verurteilung jeden Versuchs der Partei zur Organisation von Fraktionen ist, und machen den Vorbehalt, daß gleichgesinnte Gewerkschaftsmitglieder nicht berechtigt sind, vor dem Kongreß über dessen Tagesordnung gemeinsam zu beraten. Man könnte glauben, daß ehrliche Demokraten, Anhänger der Einheit und Unabhängigkeit, die eine zu straffe Disziplin verwerfen, auch ihrerseits die elementarsten Rechte der Gewerkschaftsmitglieder anerkennen müssen. Doch dieser Punkt sowie auch mancher andere hat einen ganz bestimmten Zweck. Wir haben es hier mit einem wohlgedachten Versuch zu tun, in den Arbeitern die Ueberzeugung zu erwecken, die Reformisten seien mit Leib und Seele für die Einheit, doch die sektiererischen Fraktionäre seien dagegen.

Dieses Manöver der Anhänger Jouhaux' ist aber gescheitert. Die revolutionären Eisenbahner ließen sich nicht überrumpeln. Sie unterbreiteten diese Frage dem EK der CGTU, das den einmütigen Beschluß faßte, an die reformistische CGT einen kurzen, knappen Vorschlag zu richten: sofortige Einsetzung eines auf paritätischer Grundlage gebildeten Komitees beider Konföderationen zur sofortigen Inangriffnahme der sofortigen Verschmelzung aller parallelen gewerkschaftlichen Ortsorganisationen. Entsprechend diesem Vorschlag muß diese Verschmelzungsarbeit mit einem Einheitskongreß der Gewerkschaften für die Schaffung eines gemeinsamen Zentralorgans der Gewerkschaftsbewegung abgeschlossen werden.

Jouhaux und seine Anhänger erwarteten augenscheinlich, daß sie mit Hilfe ihres reformistischen Vorschlages und einer evtl. Antwort des Eisenbahnverbandes die Massen werden überzeugen können, daß die wirklichen Gegner der Einheit unter den Revolutionären der CGTU zu suchen sind. Doch die Antwort der CGTU traf ins Schwarze. Jouhaux bekam sie zu derselben Zeit, wo er im „Nationalen Wirtschaftsrat“, der das stärkste Organ der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter ist, mit Poincaré an einem Tisch saß. Jouhaux war sich natürlich darüber klar, daß er nach der Verschmelzung der französischen Gewerkschaften aus seinem Amte als Vizevorsitzender des Nationalen Wirtschaftsrats würde ausscheiden müssen, und so war er genötigt, das Scheitern seines Manövers einzugestehen und eine abschlägige Antwort zu geben.

Es ist schwer vorauszusagen, welche Folgen der neue Einheitsvorschlag der CGTU haben wird. Alles hängt davon ab, mit welcher Energie und Intensität dieser Vorschlag von ehrlichen und konsequenten Anhängern der Gewerkschaftseinheit vor den gewerkschaftlichen Ortsorganisationen vertreten werden wird. Diejenigen Ortskonferenzen, auf denen diese Frage bereits zur Erörterung stand, stellten sich unzweideutig auf die Seite des Vorschlages der CGTU. Doch das Geheimnis der Macht Jouhaux' besteht darin, daß er mit Hilfe einer seinem Willen genehmen Bürokratie den Willen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder zu unterdrücken versteht. Es ist aber anzunehmen, daß es Jouhaux unter den neuen Verhältnissen schwer fallen wird, die Einheitsbestrebungen der breiten proletarischen Massen, ihren immer deutlicher zum Ausdruck kommenden Willen zur Schaffung

eines starken proletarischen Schutzwalls gegen die kapitalistische Offensive zu bekämpfen.

Bedeutend komplizierter sind die Manöver der Sozialisten, die fortfahren, die proletarische Einheitsfront zu bekämpfen und die bestrebt sind, eine solche Formel ausfindig zu machen, die die ganze Verantwortlichkeit für die Zersplitterung der proletarischen Kräfte auf die Kommunisten abwälzen würde. Die Sozialisten erkennen sehr wohl, daß ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft selbst in den Reihen ihrer eigenen Organisation auf immer schärferen Widerstand stößt. Sie ziehen in Betracht, daß ihr weiterer offener Kampf gegen die Einheitsfront zu einer Verwirklichung derselben gegen ihren Willen und ohne ihre Beteiligung führen kann, und so entschlossen sie sich zu einem kühneren Manöver: der Losung der Einheitsfront der Arbeiterklasse stellen sie entgegen (natürlich nur auf dem Papier) beileibe nicht einen Block mit bürgerlichen Parteien, sondern eine organische politische Einheit, d. h. eine einheitliche Partei. Fürwahr ein kühnes Manöver!

Und doch haben die Sozialisten nicht den Mut, ihren eigenen Vorschlag offen zu vertreten. Sie wissen nur allzugut, daß sie mit dem Feuer spielen und üben daher größte Vorsicht. Das Gerede von der organischen Einheit geht Hand in Hand mit einer wütenden Hetze gegen die Kommunisten und die Kommunistische Partei. Man muß schon dem Genossen Vaillant-Couturier (siehe die „Humanité“ vom 9. Februar) recht geben, daß die Hetze gegen die Kommunisten noch nie solche Dimensionen erreicht hat wie gegenwärtig. Die Sozialisten haben den traurigen Mut, die sozialistische Organisation von Valenciennes auszuschließen, da sie mit den Kommunisten eine Einheitsfront gebildet hat. Gleichzeitig aber verzichten sie auf einen eigenen Kandidaten in Tarnez zugunsten eines Radikalen, der von einem Minister Poincarés, Herrn Sarreau, unterstützt wird. Diese offene Politik gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten und für eine Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien hindert jedoch die Sozialisten nicht im geringsten, sich als Freunde der „organischen Einheit“ aufzuspielen.

Wie gesagt aber, sind sie in ihrer Agitation für eine Einheitspartei höchst vorsichtig. Vor mir liegt der Bericht einer Einheitsversammlung, veranstaltet in dem kleinen Eisenbahnerstädtchen Longeau. Unter den Rednern für die Einheit trat auch der Sekretär der lokalen sozialistischen Organisation auf. Es stimmt zwar, daß diese Versammlung zugunsten der Einheit mit der einmütigen Proklamierung folgender drei Losungen schloß: „Hoch die proletarische Einheit, hoch die russische Revolution, hoch die Weltrevolution!“ Wer kann es wagen, gegen diese drei Losungen die Stimme zu erheben? Wenn wir sie aber mit dem Inhalt der Rede des sozialistischen Redners vergleichen, so sehen wir deutlich, wie tief die Kluft zwischen den Stimmungen der proletarischen Massen und den sozialistischen Manövern ist. Wir müssen auf zwei Momente dieser Rede zugunsten der Einheit eingehen, die, wie der Redner sagt, eine Voraussetzung des Sieges der sozialen Revolution über die Kapitalisten ist. Dieser Anhänger der sozialen Revolution bedauert, daß die Sozialisten den imperialistischen Krieg unterstützt haben, doch will er das Geschehene auf sich beruhen lassen, — als ob es den Arbeitern gleichgültig wäre, ob der Verrat des 4. August sich wiederholen würde oder nicht. Den Kongreß von Tours, denselben Kongreß, auf dem die Kommunistische Partei geboren wurde, bezeichnet er als „düstere

Tage“, an denen die Arbeit von 20 Jahren vernichtet wurde. Stellen wir diese zwei Sätze gegenüber, so haben wir damit die ganze Philosophie der sozialistischen Anhänger der Einheitspartei. Die Unterstützung des imperialistischen Krieges ist nur ein Fehler, der scheinbar sogar kein Abbrechen der sozialistischen Entwicklung bedeutet, die Bildung einer revolutionären Partei aber, die sich gegen den Verrat der sozialistischen Führer erhebt, hinter der die Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter steht, wird als Vernichtung einer zwanzigjährigen nützlichen Arbeit bezeichnet.

Wir haben uns etwas eingehender mit der Rede in Longeau befaßt. Andere Reden, die Sozialisten in anderen Einheitsversammlungen gehalten haben, sind eine Wiederholung des gleichen Leitmotivs. Was uns die neuen Einheitsanhänger vorschlagen, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Wiederherstellung der alten sozialistischen Partei, wo sie es den Kommunisten gnädigst gestatten wollen, die Rolle einer Linken zu spielen, die gegen die Manöver der sozialistischen Führer protestiert, aber im übrigen die Herren Renaudel und Blum nicht daran zu hindern vermag, die Arbeiterinteressen auf Schritt und Tritt zu verraten.

Am schlimmsten ist aber, daß einige ehrliche Einheitsanhänger in den Reihen der sozialistischen Parteien bereits in die Netze dieser neugebackenen Einheitsapostel gegangen sind. In der „Étincelle“ lesen wir bereits eine Reihe begeisterter Artikel über die sozialistischen Einheitskämpfer, ohne daß auch nur das geringste Verständnis für den wahren Sinn dieser neuen sozialistischen Manöver gezeigt wird.

Man muß zugeben, daß die Sozialisten ein geschickteres Manöver ausgeführt haben als ihre Freunde von der reformistischen CGT. Sie stellten eine Losung auf, die den Eindruck einer revolutionären Losung erwecken kann. Jeder denkende Proletarier ist sich doch klar darüber, daß eine geschlossene proletarische Partei eine notwendige Voraussetzung zum Sieg des Sozialismus ist. Die Sozialisten haben das in Rechnung gesetzt, in ihrer Losung und in ihren Reden verheimlichen sie aber entweder den Charakter der Partei, für die sie eintreten, oder sprechen zynisch von einer Liquidierung der Kommunistischen Partei. Der Fehler der Sozialisten besteht aber darin, daß sie vergessen, daß der Gang der Geschichte sich durch geschickte Manöver und Losungen nicht aufhalten läßt.

Der Klassenkampf in Frankreich wird immer unverhüllter und intensiver. Daraus erklärt sich der zunehmende Einfluß der Kommunistischen Partei und das leidenschaftliche Streben des Proletariats nach Konsolidierung seiner Kräfte. Zum Unterschied von den Sozialisten ziehen die französischen Kommunisten diese Bestrebungen nicht nur einfach in Betracht, sondern begrüßen sie aufs freudigste. Mehr noch: die französischen Kommunisten können mit vollem Recht behaupten, daß die gegenwärtigen Einheitsbestrebungen nicht nur ein Resultat der objektiven Situation in Frankreich sind, sondern auch die Frucht aktiver und intensiver Arbeit der Kommunisten für die Einheitsfront. Selbstverständlich werden die Kommunisten die ehrlichen Bestrebungen der Arbeiter, wie sie in obigen drei Losungen der proletarischen Einheitsversammlung ihren Ausdruck gefunden haben, unterstützen. Diese Losungen sind, richtig ausgelegt und gedeutet, eine ausgezeichnete Plattform für einen Zusammenschluß proletarischer Kräfte, für einen Zusammenschluß, aus dem eine einheitliche proletarische Partei hervorgehen

kann. Die Kommunisten geben sich Rechenschaft darüber, daß in den Reihen der Sozialistischen Partei Tausende von Arbeitern stehen, die einen sofortigen Zusammenschluß der Kräfte, eine sofortige Einheit wollen. Diese Arbeiter sind keinesfalls verantwortlich für die Manöver der sozialistischen Führer, die die Einheitsbestrebungen der Arbeiter für die Schaffung eines neuen sozialistisch-bürgerlichen Blocks ausnutzen möchten. Die sozialistischen Arbeiter wollen Einheit in der Aktion, Einheit im Kampf. Die Kommunisten haben eine solche Einheit niemals abgelehnt, sondern im Gegenteil: sie sind ihre Pioniere und eifrigen Vertreter und werden es stets sein. Es darf jedoch nicht soweit kommen, daß die Sozialisten unter der Maske der „organischen Einheit“ einen weiteren Kampf gegen die Kommunisten und für die Bourgeoisie führen.

E. VARGA :

DIE STRUKTURWANGLUNG DES KAPITALISMUS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

... In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo zwar schon Klassen bestehen, aber sich noch nicht fixiert haben, sondern in beständigem Fluß fortwährend ihre Bestandteile wechseln und aneinander abtreten, wo die modernen Produktionsmittel, statt mit einer stagnierenden Ueberbevölkerung zusammenzufallen, vielmehr den relativen Mangel an Köpfen und Händen ersetzen, und wo endlich die fieberhafte jugendliche Bewegung der materiellen Produktion sich eine neue Welt anzueignen hat . . .“

Marx: Der Achtzehnte Brumaire, S. 16.

Bis um die Jahrhundertwende war der amerikanische Kapitalismus durch seine Jugend, durch die Fülle der dem Kapitalismus auf dem eigenen Gebiet sich anbietenden Bereicherungsmöglichkeiten gekennzeichnet. Der amerikanische Kapitalismus ist das beste Beispiel einer sprunghaften Entwicklung im Kapitalismus. Vor zwanzig Jahren noch ein Kolonialland Europas mit starkem Kapitalimport, mit einer starken Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, mit einer aktiven Handelsbilanz zur Deckung der Zinsen des dort angelegten ausländischen Kapitals, ist es innerhalb zweier Jahrzehnte die führende imperialistische Weltmacht geworden, mit einem gewaltigen Kapitalexport, mit steigendem Industriexport, mit einem hemmungslosen und gewalttätigen Ausdehnungstrieb, mit am besten ausgerüsteter Flotte und Heer der Welt, um diesen Ausdehnungstrieb zu befriedigen.

Diese Wandlerung im Charakter des amerikanischen Kapitalismus vollzog sich nicht ohne starke innere Reibungen und Schwankungen. Der Übergang von der alten Isolationspolitik zur offenen Führung der Weltpolitik ist bis heute nicht ganz vollzogen. Abwechselnd erlangte die alte Ideologie noch die Oberhand bzw. zwingt dem neuen Handeln eine alte verbogene Maske auf. Nach dem Sturze Wilsons „zogen sich die Vereinigten Staaten von den europäischen Angelegenheiten zurück.“ Die Vereinigten Staaten hatten nur „Beobachter“ beim Völkerbund. Zur Zeit der Londoner Ver-

handlungen zwecks Abschlusses des Dawes-Abkommens waren die Leiter der amerikanischen Wirtschaftspolitik nur „zufällig“, nur „als Privatleute“ in England anwesend. Aber die Vorstöße der alten Richtung schwächen sich immer mehr ab, der imperialistische Charakter der amerikanischen Politik tritt immer offener und brutaler hervor.

Die Kämpfe um die Richtung der amerikanischen Politik sind der Ausdruck der Interessengegensätze zwischen den drei Hauptfaktoren des amerikanischen Wirtschaftslebens: Agrarkapital, Industriekapital und Bankkapital. Die historische Entwicklung der Vereinigten Staaten führt von der Vorherrschaft des Agrarkapitals über die des Industriekapitals zu jener des Bankkapitals, des Finanzkapitals. Gegenwärtig beobachten wir den Kampf zwischen Bankkapital und Industriekapital um die Vorherrschaft. Das Bankkapital versucht, das Agrarkapital und die Farmer seinen Zwecken dienstbar zu machen. Wir wollen aus der Fülle des vorhandenen Materials* — uns aufs äußerste beschränkend — die Besonderheiten in der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus darstellen.

Das Agrarkapital

Das Agrarkapital, die ganze Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, unterscheidet sich wesentlich vom europäischen. In zwei Punkten:

1. Die amerikanische Landwirtschaft trägt rein kapitalistischen Charakter. In den Vereinigten Staaten gibt es — mit Ausnahme des Südens — keinen Großgrundbesitz mit feudalen Vorrechten und hat es niemals gegeben. Dementsprechend auch keine an der Scholle klebende Bauernschaft. Der amerikanische Farmer ist kein Bauer, der im Dorfe traditionell vor allem für den Bedarf des eigenen Haushalts Landwirtschaft treibt, sondern ein kleiner Kapitalist, für den seine Farm ein kapitalistisches Unternehmen ist; er produziert Waren für den Markt** und gibt die Farm in dem Moment auf, wo sich ihm eine bessere Lebensmöglichkeit bietet.*** Der Großgrundbesitzer ist kein Gutsherr, der sein Gut an seine Kinder — zusammen mit dem Grafentitel oder Adelsprädikat — vererbt, sondern ein kapitalistischer Bodenspekulant, der mit dem Boden handelt und spekuliert, wie mit Aktien oder Häusern. Dabei hat das amerikanische Agrarkapital auch keinerlei traditionelle juristische Vorrechte gegenüber den anderen Kapitalarten, wie es in Europa der Fall ist. Nur die jeweilige ökonomische Macht entscheidet.

* Die Vereinigten Staaten besitzen die beste Statistik der Welt. Wenn jemand drei Bücher: „Statistical Abstract of the US“, das „Commerce Yearbook“ und das „Yearbook of Agriculture“ gründlich durcharbeitet, erhält er mehr Material, als wenn er eine Bibliothek über Deutschland oder Frankreich durchliest.

** Von dem Wertprodukt in der Landwirtschaft wurden im Durchschnitt 1919/1925 nicht mehr als 20,4 Prozent von den Farmern selbst konsumiert! 80 Prozent gingen als Waren auf den Markt. (The agricultural problem of the US. New York 1926. Herausgegeben vom National Industrial Conference Board. S. 20.)

*** Nur ein Drittel der Farmer besitzt seine Farm länger als 5 Jahre! Mehr als die Hälfte weniger als 10 Jahre. Der Farmer verläßt ohne jede Gefühlsbewegung seine Farm und wird wieder Arbeiter, wenn dies vorteilhaft ist. „Die Klassen wechseln die Bestandteile“ — wie Marx sagte.

2. Bis ungefähr um die Jahrhundertwende gab es in Amerika noch freien Boden: frei in dem Sinne, daß es für Arbeiter möglich war, sich ohne weiteres oder nach Anzahlung einer sehr geringen Summe, die aus dem Lohn Einkommen erspart werden konnte, als Farmer auf eigenem Boden anzusiedeln*. Heute gibt es freien Boden in diesem Sinne nicht mehr. Aber mit europäischen Verhältnissen verglichen, gibt es noch immer Boden im Ueberfluß, wie folgende Zahlen zeigen:

Gesamtfläche	Hiervon Wald	Steppe oder Trockenweide	Grasland	Wege	Städte	unbrauchbar	Kulturland
Millionen Acre							
1903	483	587	231	—	122	—	523

In Farmen eingegliedert waren 1920: 956 Mill. Acre. Hiervon:

„Verbessertes“ Land (ackerbar)	503
„Nicht verbessertes“ Land	453
Ackerland	391
Bebautes Land	357

Wir sehen: von 503 Millionen ackerbarem Land waren 1920 nur 357 Millionen bebaut; 34 Millionen waren Brache oder blieben unbebaut. Mehr als 100 Millionen waren überhaupt noch nicht in Bebauung genommen**.

Trotz dieses noch immer vorhandenen Ueberflusses an Land geht aber die Bedeutung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft ununterbrochen in jeder Beziehung zurück. Wir wollen nur die allerwichtigsten Daten anführen***.

Wachstum des Nationalvermögens

	1880	1890	1900	1912	1922	1924 25
Jährliche Steigerung der Gesamtsumme des Nationalvermögens in % zwischen	—	6,9	4,1	6,6	0,2	—
Jährliche Steigerung des Wertes des landwirtschaftl. Vermögens in % zwischen	—	5,0	3,2	0,7	0,6	0,8

Der Anteil des landwirtschaftlichen Vermögens fällt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Ebenso, in noch höherem Maße, der von der Landwirtschaft produzierte Produktionswert. Der Anteil am Nationaleinkommen betrug in Prozenten:†

	Landwirtsch.	Industrie Bergbau	Transport	Andere Bank, Handel
1850	34,6	21,0	18,6	26,2
1880	20,0	27,4	12,5	40,0
1900	20,5	31,8	8,8	38,9
1910	18,0	32,2	9,5	40,3
1920	13,8	31,2	9,7	45,3

* Die Ausbreitung der landwirtschaftlichen Kultur in den Vereinigten Staaten zeigt folgende Tabelle:

Zahl der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung Millionen	Land in Farmen	Verbessertes Land Mill. Acre = 0,4 ha.	Ackerland
1850	5 (mit Sklaven)	113	—
1880	6	285	166
1910	13	478	311
1920	12	503	349
1925	—	925	344

(Agric. Problems S. 27.)

** Stat. Abstr., S. 583, passim.

*** Agr. Probl., S. 54, vereinfacht.

† Ebenda, S. 46.

Das Einkommen der Farmer ist trotz der großen Fülle ein rückläufiges und geringer als das Einkommen der industriellen Arbeiter*. Daher das massenhafte Verlassen der Farmen in den Nachkriegsjahren**, die Krise der ganzen amerikanischen Farmwirtschaft...

Man könnte einwenden, daß es sich hierbei nur um die Krise von Farmern mit wenig Boden handelt; daß überhaupt Bodenüberfluß im allgemeinen, mit einem Bodenmangel und Bodenhunger der wirklichen landwirtschaftlichen Produzenten zusammenfallen kann. In Amerika ist dies aber nicht der Fall, wie folgende Zahlen der Bodenverteilung zeigen:

Prozentuelle Bodenverteilung im Jahre 1920***

	Zahl der Farmen %	Besitz an Farmland %	Besitz an „verbessertem“ Boden %
Unter 20 acres	12,4	0,9	1,6
20— 49 acres	23,3	5,1	7,7
50— 99 acres	22,9	11,1	14,4
100—174 acres	22,5	20,4	25,5
175—499 acres	15,6	29,0	33,8
500—999 acres	2,3	10,6	9,6
Über 1000 acres	1,0	23,1	7,5

Die Verteilung nach Farmgröße und Besitz an „verbessertem Boden“ ist — mit Ausnahme der größten Güter und des Zwergbesitzes, worunter viel Gärten und Spezialkulturen — ziemlich gleich. Von den insgesamt 217 000 Farmen über 500 Acre — 200 ha — befinden sich 92 000 in den westlichen Gebirgsstaaten; 80 000 in den Westnordstaaten (Dakota, Kansas). Es ist spekulativer, vorläufig geringwertiger Bodenbesitz. Daß dies so ist, beweist auch die Tatsache, daß, obwohl mehr als ein Drittel des Bodens in Pacht ist, die Bodenrente im Durchschnitt des Jahres 1921/25 nicht mehr als 1025 Millionen Dollar ausmachte. Auch die Belastung mit Hypotheken ist sehr gering: für Zinsen wurden in der gleichen Zeit nur 765 Millionen Dollar gezahlt!

Also trotz einer sehr günstigen Verteilung des Ackerbodens, trotz einer zweifellosen Fülle an Boden dauernder Rückgang der Landwirtschaft, der in der Nachkriegszeit zu einer Krise ausartet†.

* Vergleichendes Einkommen pro Jahr:

Jahr	Farmer nach Abzug der Kapitalzinsen	Farmarbeiter	Andere Arbeiter
1910	526	330	635
1915	535	362	691
1918	1309	586	1123
1920	508	779	1503

(Agr. Probl. S. 56.)

** Abnahme der Farmerbevölkerung 1920—1924 eine Million, 1925 allein 479 000, laut Schätzung des Dep. of Agriculture.

*** Stat. Abstr., S. 583, passim.

† Man macht sich in Europa oft ganz falsche Vorstellungen über die Lage und Ausrüstung der amerikanischen Farmer. Es hatten von den Farmern im Jahre 1920 in Prozenten:

Automobile	Traktoren	Wasserleitung im Haus	Gas oder elektr. Licht	Radio (1925)
31	3,4	10	7,0	4,5

Stat. Abstr. 602 Der Automobil- und Traktorenbesitz wird seither gestiegen sein. Im Jahr 1920 arbeiteten 3 28 000 Kinder von 10—13 Jahren in der Landwirtschaft.

Die Uebermacht des Industriekapitals

Der Niedergang der amerikanischen Landwirtschaft ist von der Uebermacht des Industrie- und Eisenbahnkapitals verursacht. Eben weil die amerikanische Landwirtschaft rein kapitalistisch, die amerikanische Gesellschaft von allen feudalen Ueberresten frei war, mußte die in 6 Millionen kleine Einzelunternehmungen zersplitterte Landwirtschaft von der gewaltig konzentrierten Industrie überwältigt und unter ihre Botmäßigkeit gebracht werden. Wir wollen hier die sattsam bekannten Zahlen über die sprunghafte Entwicklung der amerikanischen Industrie nicht nochmals wiederholen. Wir wollen nur daran erinnern, daß Industrie und Transport im Jahre 1920 — also noch vor dem Höhepunkt der Agrarkrise — zusammen 41 Prozent ausmachten. Der Produktwert der Industrie (wobei freilich starke Doppelzählungen enthalten sind, weil der Wert in jedem Stadium, in dem das Halbfabrikat weiter verkauft wird, besonders gerechnet ist) betrug 1923 — 60,6 Milliarden Dollar gegenüber rund 15 Milliarden der Landwirtschaft.

Die ganze Wirtschaftspolitik der USA steht seit Jahrzehnten im Dienste des Industriekapitals. Industrieerzeugnisse wurden durch hohe Zölle geschützt, die von den starken monopolistischen Organisationen (Kartelle, Trusts) restlos zur Erhöhung der Preise ausgenutzt wurden. Ein guter Kenner der amerikanischen Wirtschaft konnte bei den Zollverhandlungen des Senats klar den Einfluß jener mächtigen Monopolgebilde auf die Höhe der einzelnen Zölle aufzeigen. Zwar bestehen auch Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Da aber die Vereinigten Staaten fast alle Sorten landwirtschaftlicher Produkte ausführen und ein Kartell der vielen Millionen Einzelproduzenten nicht besteht, können die Preise der Farmprodukte nicht über Weltmarktpreise minus Fracht steigen.

Das Transportwesen ist in Amerika vollkommen in kapitalistischen Händen. Die Eisenbahnen nutzen ihr Monopol — trotz der nominellen Staatskontrolle — skrupellos aus, insbesondere gegen die wehrlosen Farmer.* Ihre Dividenden betragen trotz der starken Verwässerung des Kapitals 5 bis 6 Prozent, was in Europa bei Eisenbahnen unerhört wäre.

Durch den organisierten Angriff des Industrie- und Eisenbahnkapitals ist die „Schere“ entstanden, das Mißverhältnis zwischen den Preisen der Industrie und denen der Farmprodukte, die allen Lesern bekannt ist. Wir unterlassen es daher, die Zahlen wiederzugeben. Das Ergebnis der Schere war die Agrarkrise, die zum Teil bis heute noch besteht**.

Die absolute Herrschaft des Industriekapitals zeigt sich an dem vollkommenen Fehlen jeglicher Sozialpolitik: es gibt keine Arbeitslosenunterstützung, keinerlei Kranken- oder Invalidenversicherung.

* In dem Roman des amerikanischen Schriftstellers Frank Morris: „Oktopus, der Roman des Weizens“, der den Kampf zwischen Eisenbahn und Farmern beschreibt, erklärt der Eisenbahntransportagent dem Hopfenzüchter auf dessen entrüstete Frage, auf welcher Grundlage er die Frachtrate für Hopfen immer wieder erhöht: „Wir nehmen so hohe Frachten, wie Ihr Geschäft vertragen kann.“!

** Wegen Raummangel können wir an dieser Stelle nicht näher auf das Scherenproblem eingehen. Wir möchten nur bemerken, daß das Preisverhältnis zwischen Farmprodukten und Industriewaren in den Jahren vor dem Kriege für die Landwirtschaft besonders günstig war!

Es gibt keinerlei „fixe Stellungen“; jeder Ingenieur, jeder Beamte kann Ende der Woche mit sofortiger Wirkung entlassen werden. Wer sich nicht selbst für sein Alter versorgen konnte — und die Arbeiter werden in Amerika sehr früh alt — der muß eben betteln gehen. Wer während seiner Beschäftigungszeit nichts ersparen konnte, muß hungern, wenn er arbeitslos wird. Dieses vollständige Fehlen jeder sozialpolitischen Versorgung muß man bei Bewertung der hohen Löhne in Betracht ziehen!

Die gewaltige Entwicklung der Industrie vollzog sich auf Grundlage der starken Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes. Es ist bis heute so, daß die Landwirtschaft einen größeren Prozentsatz ihrer Produktion exportiert als die Industrie, wobei die Exportquote der Industrie nicht steigt. Der Export von Industriewaren betrug im Jahre 1923 (die letzte Aufnahme) 7 Prozent der Produktion gegenüber 8,5 Prozent der gesamten Volkswirtschaft.

Die Entwicklung des Exportes in Prozenten der Produktion zeigt folgende Tabelle:*

	1899	1904	1909	1914	1919	1921	1923
Gesamtproduktion	—	—	9,2	9,6	15,3	12,2	8,5
Alle Industriezweige**	6,5	5,8	4,8	6,2	8,8	6,2	4,3
Industrie ohne Lebensmittelindustrie**	4,9	5,0	4,5	6,1	7,1	5,8	4,0

Wir sehen, bis in die jüngste Zeit ist die Exportquote der Industrie nicht gestiegen.***

Es ist aber offenbar, daß bei der Entwicklung der amerikanischen Industrie und der Verarmung der Farmer die Notwendigkeit eines verstärkten Exportes vorhanden ist. Die gute Konjunktur der letzten drei Jahre gründete sich vor allem auf die **Bautätigkeit** (Auffüllen der Lücken, die die Kriegszeit im Wohnungswesen hinterließ) und auf den **Bau von Automobilen**, deren Vermehrung ihre Grenzen hat. Die Entwicklung treibt zu einem größeren Export.

Einzelne Industriezweige exportieren bereits einen viel größeren Anteil: Motorräder 52 Prozent, Schreibmaschinen 40 Prozent, Drillmaschinen 23 Prozent, Lokomotiven 32 Prozent usw. Für diese Industriezweige ist daher der Export von ausschlaggebender Wichtigkeit. Damit ergibt sich eine Scheidung innerhalb der Industrie: Der auf den Export eingestellte Teil der Industrie ist weltpolitisch eingestellt gegenüber der großen Masse der für den Inlandsbedarf produzierenden Industrie. Dieser Teil der Industrie geht zusammen mit dem Bankkapital; sie sind die Träger der imperialistischen Ausdehnungspolitik der Vereinigten Staaten. Ihnen schließt sich in gewisser Weise das landwirtschaftliche Kapital an, das ein noch stärkeres Interesse am Export hat. Die Exportquote der Landwirtschaft betrug nämlich im Jahre 1925 ihrer Quantität nach in Prozenten:

Baumwolle	Weizen	Roggen	Tabak	Speck
58	30	78	35	32

* Commerce Yearbook 1925, S. 94—95.

** Diese Reihen geben die Exportquote durchweg zu niedrig an (um ungefähr 2 Prozent), weil sie den Bruttowert der industriellen Produktion geben, worin — wie erwähnt — starke Doppelzählungen enthalten sind. (Commerce Yearbook, S. 95.)

*** „Für die Vereinigten Staaten ist der Absatz inländischer Industrieerzeugnisse im Ausland auch heute noch zum Teil ein Sicherheitsventil der heimischen Produktion; der Schwerpunkt der Produktion, auch der industriellen, liegt jedoch meistens im Inland.“ H. Lufft, Weltwirtschaftsarchiv, Okt. 1926, S. 305.

Es ergibt sich die Lage, daß Bankkapital und Exportindustrie gemeinsam mit der Landwirtschaft gegen die bisherige Vorherrschaft der für den inneren Markt arbeitenden Industrie anstreben. Aber die Industrie des inneren Marktes war bisher stark genug, jeden leisesten Versuch einer Lockerung der bisherigen Hochschutzzollpolitik niederzuschlagen, was eine Verminderung der Einfuhr und rückwirkend natürlich auch der Ausfuhr verursacht.

Das Vordringen des Bankkapitals

Das amerikanische Bankkapital hat sich erst in jüngster Zeit zu einem Machtfaktor entwickelt. Es fehlte lange Zeit an der Grundlage der Macht des Bankkapitals: an der zentralisierten Verfügung über das Leihkapital der ganzen Gesellschaft. Die Klasse der Kapitalisten Amerikas ist ganz jung: im Westen zumeist die erste Generation der Großbourgeoisie, im Osten die zweite, dritte Generation.* Durch Aneignung der Bodenschätze (Dohenny), durch neue Produktionszweige (Ford), durch skrupellose Spekulation mit Grund und Boden oder Aktien werden in einem Menschenalter Vermögen zusammengerafft, für die es kein Beispiel in Europa gibt. Niemand will sich mit dem Zins des Leihkapitals begnügen. Jeder trachtet, „ins Geschäft“ zu kommen, nach seinem Kapital den vollen Profit zu erhalten oder in Aktien zu spekulieren. Die passive Rentnerklasse, das Zeichen des reifen, gesättigten Kapitalismus, beginnt sich erst in den letzten Jahrzehnten herauszubilden. Es wird in Amerika wenig Einkommen erspart.** Oft im Gegenteil: man gibt das Einkommen aus, bevor es noch fällig ist, indem man auf Anzahlung einkauft. Im Jahre 1925 wurden für 5½ Milliarden Dollar Waren auf Ratenzahlung verkauft (Statistik vom 6. November 1926).

Dieser „Jugend“ der kapitalistischen Gesellschaft entspricht die Rückständigkeit der Organisation des Banksystems. Bis 1915 gab es keine Zentralnotenbank. Eine Bank durfte die Wechsel einer anderen nicht in Rediskont nehmen! Bis heute dürfen die Banken außerhalb des Einzelstaates, in welchem sie ihren Sitz haben, keine Filialen errichten.*** Daher eine ungeheure Anzahl von kleinen Banken, in jedem Provinzstädtchen eine, mit einem Kapital von 25 000 Dollar oder noch weniger.† Ferner waren die Vereinigten Staaten bis zum Kriege ein Kapitalimportland, und es gab wenig eigene Staats-

* Die Jugend und Unbeständigkeit im Personenbestand der amerikanischen Kapitalistenklasse läßt sich anschaulich bei den großen amerikanischen Schriftstellern beobachten, z. B. in den Romanen von Jack London oder S. Lewis: „Die Benzinstation“.

** Die Hauptform der persönlichen Ersparnisse ist in Amerika die Lebensversicherung. Es waren Ende 1924 in Amerika 90 368 000 Lebensversicherungen in Kraft. Die Prämien-einnahmen betragen 2122 Millionen Dollar. (Stat. Abstr. 1925, S. 296.) Die freie Reserve der Versicherungsgesellschaften bildet eine der Hauptstützen des Bankkapitals (Morgan).

*** „Die Banken aus dem Landwirtschaftsgebieten schicken ihre unbeschäftigten Gelder als Depositen in die New Yorker Großbanken . . . ein Hergang, der zur Stimulierung des Börsenspiels in Wertpapieren und zur Krise führte“. W. W. Jennings: History of Economic Progress in the US. New York 1926, S. 700.

† Diese Zersplitterung des Bankwesens in 32 000 kleine Bankinstitute ist auch für die Provinzindustrie hinderlich; die Industrieunternehmungen sind viel größer als die lokalen Banken und können ihren Bedarf an Leihkapital nicht von ihnen borgen. Siehe: Protokoll der Tagung der Bankiers in Los Angeles Anfang Oktober 1926, S. 101.

schulden, beides Momente, die auf die Entwicklung des Bankkapitals hindernd einwirkten.

Die große Entwicklung des amerikanischen Bankkapitals — trotz der noch immer bestehenden legalen Hindernisse — begann um die Jahrhundertwende und wurde durch den Umschlag von einem Kapitalimport- zu einem Kapitalexportstaat im Kriege aufs äußerste beschleunigt. Wir wollen die wichtigsten Zahlen zusammenstellen:

Die Macht des Bankkapitals („banking power“), d. h. die Summe des Aktienkapitals und der Reserven, der Depositen und der eigenen Noten betrug* in Milliarden Dollar:

Durchschnitt 1911—15	1916—20	1921—25	1925
23,4	29,9	56,4	60,4

Die eigentlichen Spareinlagen („saving deposits“) in Milliarden Dollar:**

1913	1920	1925
8,55	15,31	23,13

Wir sehen eine nominelle Verdreifachung der Macht der Banken innerhalb 15 Jahren (tatsächlich wegen der Geldentwertung nur eine Verdoppelung). Gleichzeitig geht eine gewaltige Konzentration des Bankwesens vor sich. Die National-City-Bank z. B. zeigt folgende Entwicklung: (in Millionen Dollar)

	1899	1900	1903	1914	1921	1925	1926
Aktienkapital	1	10	25	25	40	50	50
Reserven	—	—	—	33	64	62	62
Depositen	—	—	—	276	706	926	994
Gesamtaktiva und Passiva	—	—	—	352	868	1155	1281

Zugleich erhöht sich der Gewinn des Bankkapitals in raschem Tempo. Es wurde an Dividende aller „Nationalbanken“ (es sind dies die größeren Banken, die nicht auf Grund der einzelstaatlichen, sondern der Reichsgesetzgebung fungieren) gezahlt:

1896/1900	1901/1905	1906/1910	1920/1925
7,2 Prozent	9,1 Prozent	12,0 Prozent	12,4 Prozent

Die Hauptquelle der Bankgewinne ist in der Nachkriegszeit die skrupellose Auswucherung der ausländischen Kreditsucher. Bei der Dawes-Anleihe betrug die Kommission der Emissionsbanken 6 Prozent. Anfangs 1925 wurde in Moodys Investor's Service folgendes mitgeteilt:***

„Im Jahre 1923 nahm ein brasilianischer Staat eine Anleihe von 1½ Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten auf; Verzinsung 8 Prozent jährlich. Die amerikanischen Bankiers bekamen die Anleihe mit 85 Prozent. Kommission und andere Ausgaben, die mit der Flottmachung der Anleihe verbunden waren, wurden dem Staate noch einmal abgezogen, das waren aber wieder 243 000 Dollar. Obendrein zogen die Bankiers im voraus die Zinsen für 1 Jahr und die Amortisation für 4 Jahre ab. Das waren 620 000 Dollar. So bekam der Staat in bar Geld 745 000 Dollar, verzinst dafür 1 500 000 Dollar zu 8 Prozent und gab eine jährliche Amortisation von 60 000 Dollar. Das machte für die 745 000 Dollar eine jährliche Zahlung von nicht weniger als 180 000 Dollar oder ungefähr einen tatsächlichen Satz von 25 Prozent.“

Die Verwandlung Amerikas in ein Kapitalexportland hat dem Bank-

* Commerce Yearbook, S. 551.

** Ebenda, S. 271.

*** Zitiert: Julius Hirsch: Das amerikanische Wirtschaftswunder, S. 210.

kapital einen mächtigen Ruck gegeben. Während vor dem Kriege 6,5 Milliarden Dollar ausländisches Kapital in den Vereinigten Staaten angelegt waren,* hat jetzt Amerika 10 Milliarden private und 12 Milliarden staatliche Anleihen an das Ausland gegeben, rund ein Fünftel des amerikanischen Volksvermögens. Jährlich investieren die Vereinigten Staaten rund 1 Milliarde im Ausland. (1925 1,2 Milliarden, 1926 über 1,5 Milliarden.) Hiervon geht die Hälfte nach Europa, ein Viertel ungefähr nach Deutschland. Dementsprechend haben die amerikanischen Großbanken ein großes Netz von Filialen, vor allem in Südamerika, errichtet.

Diese ganze Entwicklung führte zu einer sprunghaften Stärkung des Bankkapitals. Noch aber hat das Industriekapital das Übergewicht. Dies zeigte sich kraß bei der Gelegenheit des Manifestes der Bankiers, das Morgan, der größte Bankier Amerikas, ursprünglich unterschrieben hatte. Das Organ des Bankkapitals, „New York Times“ schrieb damals:

„... Wenn die Feststellungen, für welche sie ihre Namen festlegen, richtig sind, so sind sie für unser Land ebenso gut wie für Europa. Wir können Ausländern nicht erlauben, ein Monopol für die gesunde ökonomische Lehre zu haben. In der Tat, wenn die Bankiers versichern, daß, wenn wir Importe nicht erlauben, wir nicht auf Exporte hoffen können, sprechen sie eine Wahrheit aus, für die sie den besten Beweis an Amerika haben.“**

Aber die Reaktion des Industriekapitals war rasch und energisch. Hoover, Mellon, Coolidge erklärten sich nachdrücklichst für das bisherige System des Industrieschutzes. Und ein führendes Organ der Industriellen, die „Chicago Tribune“ erklärte:

„Nach unserer Ansicht ist das Dokument ein trojanisches Pferd. Es würde uns Annahmen aufdrängen, die wir über die Weisheit und Gerechtigkeit der amerikanischen Wirtschaftspolitik nicht teilen, und wir sind entschieden gegen den Versuch, uns Verlegenheiten zu bereiten und uns Verbindlichkeiten aufzuerlegen. Es scheint uns eine Albernheit zu sein, annehmen zu wollen, daß wir uns erlauben dürfen, den europäischen Nationen Predigten zu halten über ihre ökonomische Verteidigungstaktik, so unverwendbar oder so unpassend sie unter den bei ihnen herrschenden Umständen sein mag, wenn wir es als wesentlich für unser Wohlergehen betrachten, ein System aufrechtzuerhalten, das auf demselben Prinzip beruht. Soll die Logik des Manifestes an der Schwelle unseres Landes Halt machen, so sind die Unterschriften Mr. Morgans und der übrigen Amerikaner eine Impertinenz.“ (Unterstreichung von uns.)

Morgan zog seine Unterschrift zurück!

Der amerikanische Imperialismus

Vor unseren Augen vollzieht sich der Strukturwandel im amerikanischen Kapitalismus. Er ist noch im Gange. Bankkapital und Industriekapital ringen noch um die Vormacht, um die Linie der Wirtschaftspolitik. Aber der Prozeß ihrer Zusammenballung zum Finanzkapital ist im Gange. Wir werden ein anderes Mal diese Seite der Entwicklung darstellen.

Vor unseren Augen vollzieht sich die Umwandlung Amerikas zum führenden imperialistischen Räuberstaat. Raummangel verhindert uns, diese wichtigste Folge der Strukturwandlung des amerikanischen Kapitalismus hier

* Die Daten entnommen: H. T. Collings, Professor in Pennsylvanien. Annals, Juli 1926, S. 70 passim.

** Zitiert im „Daily Worker“ vom 26. Oktober.

darzustellen. Die Tatsachen sind ja auch allgemein bekannt. Die monopolistische Zusammenballung der Industrie steht auf höchster Stufe. Die Konzentration des Bankkapitals ist im Zuge. Im Kapitalexport schlägt es England. Es hat die stärkste Marine und das am besten ausgerüstete Heer der Welt. Es treibt skrupellose imperialistische Politik, es unterjocht die mittelamerikanischen Staaten*, es „durchdringt“ Kanada und Südamerika. Es hat seine Hände in China im Spiel. Es fordert von den europäischen Kapitalisten Einsicht in ihre Bücher für seine Zollbeamten unter Drohung mit einem Einfuhrverbot. Der amerikanische Kapitalismus gebärdet sich als der Herr der kapitalistischen Welt.

Zugleich sehen wir aber vor uns den Beginn des „Alterns“ des amerikanischen Kapitalismus: die Entstehung einer faulen Rentnerklasse, den Kapitalexport; bald wird die passive Handelsbilanz folgen, die parasitäre Ausbeutung der übrigen Welt.

Immer klarer polarisieren sich die kapitalistischen und revolutionären Kräfte: die kapitalistischen um die Vereinigten Staaten, die revolutionären um die Sowjetunion. Mag auch vorläufig der englische Imperialismus der Hauptfeind sein, so werden doch die Vereinigten Staaten mit der Zeit eine immer größere Rolle im Kampfe gegen die Weltrevolution spielen.

H. STURM:

ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 1927

Die diesjährige Kampagne zum Internationalen Frauentag steht im Zeichen von vier Haupterscheinungen, die den politischen Charakter dieser aktuellen Periode kennzeichnen: Die Internationale Kriegsfahrt, die ihre Spitze letzten Endes gegen Sowjetrußland kehrt. Der nationalrevolutionäre Befreiungskampf in China, der auf dem Wege über die Intervention Englands zum Brandherd eines neuen Weltkrieges werden kann. Die neue Offensive des Kapitals in den kapitalistischen Ländern des Westens in der spezifischen Form der „Rationalisierung“. Diesen drei eng miteinander verbundenen Momenten aus der Welt des Kapitalismus steht gegenüber die Festigung der Sowjetmacht, die Fortschritte des sozialistischen Aufbaus im ersten Lande der Diktatur des Proletariats.

Die kapitalistische Rationalisierung, die konkrete Form oder gelegentlich auch nur die moderne Etikette für die neue große Offensive des Kapitals, trägt scharf ausgeprägte Züge in ihren Auswirkungen auf die Frauenerwerbsarbeit.

* Aus dem Sittenkodex der amerikanischen Kapitalisten: „Es ist nicht taktvoll, unsere Direktionsgebäude in der Hauptstadt eines mittelamerikanischen Staates zu errichten. Sie stellen die öffentlichen Gebäude in den Schatten. Wir errichten sie daher immer in der zweitwichtigsten Stadt.“

Es ist nicht taktvoll, daß, wenn ihr die einzige Eisenbahn der Republik betreibt und eure Eisenbahndirektion dem Präsidenten der Republik einen Sonderzug zur Verfügung gestellt hat, diesen auf ein Seitengeleise zu schieben, und den Sonderzug eures dortigen Geschäftsführers vorfahren zu lassen.“ (Economist vom 22. Januar 1927.)

Die Rationalisierung beschleunigt den Prozeß der Einbeziehung der Frauen als billigere Arbeitskraft in die gesellschaftliche Produktion und steigert zum mindesten den relativen Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.

In der jüngsten Periode der konzentrierten Rationalisierung, über die schlüssige Ziffern nicht vorliegen, scheint festzustehen, daß die Frauenarbeit auf Kosten der Männerarbeit relativ weiter zunimmt, wenn auch bei der Riesenarbeitslosigkeit in den typischen Ländern der Rationalisierung die absolute Zahl der Frauen sogar gesunken sein könnte, wenn auch keinesfalls in dem Maße wie die Zahl der männlichen Arbeitskräfte. Die Rationalisierung steigert ferner die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in höherem Maße als die der männlichen Arbeitskraft.

Der Grad der Ausbeutung der Arbeiterinnen wird durch folgende Tatsachen und Beispiele beleuchtet: Die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen in Deutschland ist gewachsen nicht nur im Vergleich mit den ersten Nachkriegsjahren, sondern in einzelnen Branchen sogar mit der Vorkriegszeit. Die nominelle Erhöhung der Frauenlöhne ist geringer, die reale Senkung ihrer Kaufkraft stärker als die der Männerlöhne. Die Frauen leisten ferner mehr Ueberstunden als die Männer. Nach der Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben in Deutschland im April und Oktober 1926 ergab sich folgendes Bild: In der Metall- und Maschinenindustrie arbeiteten im April von 406 126 erfaßten Arbeitern über 48 Stunden 130 489 (gleich fast ein Drittel), im Oktober von 379 515 bereits 182 111 (gleich fast die Hälfte). In der Textilindustrie betragen die entsprechenden Zahlen im April: 79 379 von 287 204 (gleich ein knappes Drittel), im Oktober: 194 616 von 307 386 (gleich fast zwei Drittel). Das heißt, in der Textilindustrie, die zur Mehrheit Frauen beschäftigt, hat das Ueberstundenwesen in viel rascherem Tempo zugenommen und ist in viel stärkerem Maße zur Regel geworden als in der Metall- und Maschinenindustrie, die überwiegend Männer beschäftigt.

In Polen arbeiten in derselben Stadt Lodz, wo es 23 000 Arbeitslose gibt, in den Textilbetrieben Arbeiterinnen in Schichten von zehn, zwölf und sechzehn Stunden, auch nachts. In Oesterreich wird es immer mehr Praxis, Arbeiterinnen vor ihrer Entbindung und vor Beginn ihres fälligen Urlaubs zu entlassen, um ihre Ansprüche an den Betrieb bzw. die Krankenkasse zu annullieren. In England werden die arbeitslosen Frauen von der Unterstützungsliste gestrichen, wenn sie nicht bereit sind, Arbeitsstellen in Kolonien anzunehmen. In Deutschland wird die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen geplant, derart, daß 45 Prozent des Lohnes als Unterstützung gezahlt wird — also eine progressive Ungerechtigkeit gegen die schon schlechter entlohnte Frau. In den meisten Ländern, darunter auch Frankreich, erhalten die arbeitslosen Frauen schon heute niedrigere Unterstützungssätze als die Männer.

Ein echt amerikanisches Beispiel der Methoden der kapitalistischen Rationalisierung bietet Kanada. Im Staat Ontario, einem der Zentren der Textilindustrie, hatten sich die Arbeiterinnen einen gesetzlichen Mini-

mallohn von 12 Dollar 15 Cent bei achtstündiger Arbeitszeit erkämpft. Infolgedessen siedeln die Unternehmer die Textilindustrie jetzt nach dem Staat Quebec um, wo kein Minimallohngesetz in Kraft ist und die Arbeiterinnen bereit sind, für 3 Dollar 9 Stunden zu arbeiten.

Alle diese Erscheinungen der Rationalisierung sind typisch für das Streben des Kapitalismus, den Profit zu steigern auf Kosten der Arbeiterklasse. Indem die Unternehmer durch Bevorzugung der billigen und willigen Frauenarbeit auf der Linie des geringsten Widerstandes gehen, verfolgen sie einen doppelten Zweck: Oekonomisch durch die Konkurrenz der Frauen das gesamte Lohnniveau zu senken, politisch die Front der Arbeiterklasse zu spalten und damit zu schwächen. Tatsächlich ist der Kampf um den Arbeitsplatz, die Sucht der Arbeiterinnen, unter dem Druck der Not durch Ueberarbeit den schlechten Lohn aufzubessern, die Erbitterung der Arbeiter gegen die weiblichen Lohndrücker und Konkurrenten gerade jetzt wieder an der Tagesordnung in allen Ländern mit größerer Arbeitslosigkeit. Die Losung „Heraus mit den Frauen aus den Betrieben“, die als wohlformulierter Antrag einer Delegiertengruppe auf dem Kongreß der Werktätigen in Deutschland eingereicht wurde, entspricht der Stimmung nicht unbeträchtlicher Schichten der Arbeiterklasse selbst bis in die Reihen der kommunistischen Arbeiter hinein. Diese unklaren Stimmungen werden systematisch genährt durch die mit ein paar prinzipiellen Phrasen verbrämte aber trotzdem ziemlich schamlos nackte Propaganda der Reformisten für die Ausschaltung der sog. „Doppelverdiener“, d. h. der verheirateten Frauen, aus der Produktion.

Ein neueres Dokument dieser Art ist die von der Gewerkschaftsbürokratie auf dem Geraer Reichskongreß der Textilarbeiterinnen zur Annahme gebrachte Resolution, wonach in Krisenzeiten der Herauswurf der „Doppelverdiener“ von der Arbeiterschaft geduldet werden darf. Dieser Taktik reiht sich würdig an die neueste Theorie des ersten Sterns der II. Internationale, Otto Bauers, der die Minderbezahlung der Frauenarbeit in den Gemeindebetrieben Wiens mit der Begründung sanktionierte, daß die Forderung des gleichen Lohnes für gleiche Leistung nicht sofort durchgeführt werden könne mit Rücksicht auf die großen finanziellen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Krise.

Hier zeigt sich die Scheidung der Wege zwischen Kommunismus und Reformismus. Hier zeigt sich aber gleichzeitig — trotz scheinbarer Gegensätze — die große Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Arbeiter und Arbeiterin und die zwingende Notwendigkeit, den beschränkt zünftlerischen Standpunkt fallen zu lassen und die Forderungen der Arbeiterinnen als Klassenfragen zu begreifen, zu stellen und zu lösen.

Der Vorstoß des Kapitalismus im letzten Jahre vollzieht sich in einer Kette, deren Glieder verschiedenes Gewicht haben, aber alle miteinander zusammenhängen. Hervorgehoben seien nur folgende: Der Bergarbeiterkampf in England, die Serie der gegenwärtigen großen Aussperrungen in Deutschland und die verschiedenen Streiks und Tarifkämpfe in Norwegen. An diesen drei Beispielen sollen einige charakteristische Züge aufgezeigt werden, in welchen Formen die Teilnahme der Frauenmassen an den Kämpfen sich vollzieht, welche Rolle die Gegner in der Arbeit unter den Frauen spielen, und welche neuen Probleme und Perspektiven sich ergeben,

nicht nur für die Kampagne der Frauentagswoche, sondern für die kommunistische Arbeit unter den Frauen überhaupt.

In England beobachteten wir bereits vor Beginn des Bergarbeiterkampfes die zielklare Vorbereitung des Gegenschlages unter den Frauen durch die von Regierungsgeldern ausgehaltene Frauenreichsgilde von Flora Drummond, die mit ihrer Riesendemonstration am 17. April in London Propaganda für den „Wirtschaftsfrieden“ machte, also Streikbrecherdienste leistete. Dieselbe Organisation unter anderem Namen hatte bereits kurz zuvor eine ähnliche Rolle bei dem Seeleutestreik zu spielen versucht. Es ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß in allen kommenden größeren Kämpfen nicht nur in England, sondern überall ähnliche Organisationen von der Bourgeoisie als ihre Hilfstruppen eingesetzt werden. Ausgesprochen faschistische Frauenorganisationen gibt es bereits in Italien, Frankreich, Amerika — wo die Studentinnen planmäßigen Unterricht im Schießen und im Geländedienst erhalten, in Deutschland — vor allem auf dem Lande, in Finnland und in Schweden. Die Komintern muß diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und ihre Taktik dementsprechend einrichten.

Die große Initiative und Aktivität der Bergarbeiterfrauen im Streik vollzog sich im wesentlichen im Rahmen der Aktionsausschüsse, und zwar sowohl in Form der Beteiligung von Frauen in den allgemeinen Ausschüssen als auch durch Bildung besonderer Ausschüsse für konkrete praktische Aufgaben. Beide Erfahrungen haben sich bewährt, wenn es auch scheint, daß in großen Aktionen, wo eine Differenzierung der Aufgaben und Kräfte eintritt, besondere Aktivgruppen von Frauen eine breitere Heranziehung weiterer Frauenkräfte begünstigen. Im weitesten Umfange lag das Sammelwesen, der Verpflegungsdienst und die Veranstellungen zur Beschäftigung und Unterhaltung der Streikenden in Händen der Frauenausschüsse, und diese ergriffen auch fast überall die Initiative zu den Demonstrationen, zum Streikpostenstehen und zum Kampf mit den Streikbrechern.

Zwei neuere aus dem Kampf erwachsene und entwicklungsfähigere Formen der Gruppierung aktiver Frauenkräfte sind die Frauendelegiertenversammlungen und die gewerkschaftlichen Frauengilden. Die Delegiertenversammlungen entstanden in England erstmalig im Sommer 1925 zur Abwehr der damals schon drohenden Aussperrung der Bergarbeiter. Im März 1926 fand die erste bedeutende Delegiertenversammlung im Bergarbeiterrevier Mansfield statt, wo 300 Frauendelegierte aus 55 verschiedenen Organisationen — Frauensektionen der Labour Party, Gewerkschaften, Frauen-genossenschaftsgilden, gewerkschaftlichen Frauengilden — zusammentraten und einmütig die Vorbereitung und volle Unterstützung des kommenden Streiks beschlossen. Diese Form der Einheitsorganisation, die den Einfluß der kommunistischen Partei hineinträgt ins Lager der Reformisten, eröffnet auch einen neuen Weg, stärker in die Betriebe vor allem der Textilindustrie und in die Textilarbeitergewerkschaften einzudringen, wo die Partei bisher wenig verwurzelt ist.

Die gewerkschaftlichen Frauengilden als Hilfsorganisationen zur Erfassung der Frauen der in einer bestimmten Gewerkschaft organisierten Männer sind ein Ausdruck für die durch das Leben erwiesene Notwendigkeit, auch die nicht erwerbstätige Frau der Arbeiterklasse mit

dem Leben und Kampf des Arbeiters im Betrieb und mit den Aufgaben der Gewerkschaften zu verbinden. Im Gegensatz zu den z. T. seit Jahrzehnten in England schon bestehenden Gilden, die unter reformistischer Führung einen stark kleinbürgerlichen Charakter tragen, haben in einzelnen Bergbaugebieten aus dem Kampf heraus spontan Bergarbeiterfrauen sich in Gilden organisiert, die dem Bergarbeiterverband angeschlossen sind und seine revolutionäre Aktion tatkräftig unterstützten.

In Deutschland beginnen sich die Frauendelegiertenversammlungen zu entwickeln, zunächst als Mittel der Mobilisierung und Aktivisierung breiter Frauenmassen für aktuelle Aufgaben. Dabei ist symptomatisch, daß nach der ersten Serie solcher Delegiertenkonferenzen in sieben Industriestädten in Verbindung mit der Vorbereitung zum Kongreß der Werktätigen die nächsten Versammlungen in Hamburg und Chemnitz bereits in unmittelbarer Beziehung standen zu akuten Kämpfen — in Hamburg zum Hafendarbeiterstreik, in Chemnitz zur Aussperrung in der Textilindustrie. Diese Versammlungen, die gewählte Vertreterinnen aus den Reihen der Betriebsarbeiterinnen, Erwerbslosen und Arbeiterhausfrauen als einheitliche Körperschaft zusammenschließen und zu einheitlicher Aktion verpflichten und anleiten, sind geeignet, gerade in Perioden der Zuspitzung des Klassenkampfes die Front der Werktätigen stark zu verbreitern durch die Verbindungen der Delegierten mit ihren Wählerinnen aus den verschiedensten Schichten des weiblichen Proletariats, vor allem aber aus den Betrieben.

Eine für Deutschland spezifische Form der Organisation und Aktivisierung breiter Frauenmassen ist der Rote Frauen- und Mädchenbund, der im ersten Jahre seines Bestehens 25 000 Mitglieder gewonnen hat, darunter 50 Prozent Betriebsarbeiterinnen. In einer Periode, wo 3000 bürgerliche Frauenvereine um die Seele der proletarischen und kleinbürgerlichen Frauen werben, in einer Zeit, da der Luisenbund mit seiner nationalistischen Propaganda die Frauenmassen verseucht, setzt sich der Bund u. a. die Bekämpfung der bürgerlichen Frauenvereine zum Ziel. Indem er an das Bedürfnis der noch nicht klassenbewußten Frauen nach Zusammenschluß, Unterhaltung und Geselligkeit anknüpfte, diesem Zusammenschluß aber durch seine Erziehungsarbeit einen klassenmäßig gerichteten Inhalt verleiht, entzieht der Bund gerade die aktiveren Elemente dem Einfluß der Bourgeoisie und setzt ihre Kräfte für die proletarische Bewegung ein.

In Norwegen sind nicht erst seit letzter Zeit sehr interessante Gruppierungen der Frauen aus verschiedenen Lagern zu beobachten, die von seiten der KP geschicktes Manövrieren erfordern. Bereits 1924, bei den Reichstagswahlen, gab es eine bürgerliche Einheitsfront der Frauen mit Einschluß der Sozialdemokratie. Es gibt Frauenklubs der Freisinnigen, „Frauentage“, die von den bürgerlichen Frauen zur Gewinnung der proletarischen Frauen veranstaltet werden. Es gab im Oktober einen Kongreß der Bäuerinnen, ebenfalls von bürgerlichen Frauen organisiert. Die letzte wichtige Konzentrierung der Kräfte im Lager des Gegners ist der Sammlungskongreß der Frauen der sozialdemokratischen und der Tranmaelitischen Partei, die in Verbindung mit dem allgemeinen Sammlungskongreß stattfand. Bei dieser Gelegenheit ist der Gegenschlag der Kommunistischen

Partei von Interesse. An dem Parallelkongreß, der unter Führung der KP Norwegens abgehalten wurde und der sich aus Delegierten zusammensetzte, die auf freier Grundlage ohne Bindung durch die sozialdemokratischen Bedingungen gewählt waren, nahmen auch Delegierte der Hausfrauenorganisationen teil, die unter führendem Einfluß der KP stehen. Die Vertreterinnen dieser Organisationen traten ferner unter sich zu einer Landeskongress zusammen, die zu den nächsten Aufgaben Stellung nahm und u. a. beschloß, zum Delegiertensystem überzugehen. Wenn es der Hausfrauenorganisation gelingen wird, durch den Aufbau eines Delegiertensystems breitere Frauenkreise zu erfassen als die Vereinigten Sozialdemokraten, wenn es vielleicht durch Wahl von Delegierten aus den von der Sozialdemokratie beherrschten Organisationen glücken würde, in das feindliche Lager einzubrechen, so wird die „Sammlung“ den sozialdemokratischen Frauen wenig nützen, besonders wenn angesichts der gegenwärtigen Tarifkämpfe die sozialdemokratischen Führerinnen ebenso passiv bleiben wie auf ihrem Kongreß, wo sie in dem von ihnen erlassenen Aufruf keine einzige konkrete Kampflosung auszugeben für nötig hielten.

Der Internationale Frauentag muß die Millionenmassen der werktätigen Frauen in der ganzen Welt zum Kampf sammeln gegen die große Offensive des Kapitals an allen Fronten.

Die Hauptfront aber in diesem Augenblick ist der Kampf gegen den Krieg. Es gilt, durch den aktiven Widerstand der Massen der Werktätigen die schon in vollem Gange befindliche Intervention des britischen Imperialismus gegen China zu durchkreuzen. Es gilt, dadurch zugleich die Vorbereitungspläne des Weltkapitalismus zum offenen Krieg gegen die Sowjetunion zu zerschlagen und sich schützend vor den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt zu stellen. Die Frauenmassen haben begonnen, zu begreifen, daß Sowjetrußland ihre proletarische Heimat ist. Aber sie verstehen noch nicht die Zusammenhänge der kriegerischen Offensive des Imperialismus. Alles kommt darauf an, sie dem Einfluß der Propaganda der Pazifisten und Reformisten zu entreißen, die mit heuchlerischen Phrasen gerade die Frauenmassen über den blutigen Ernst der Lage zu täuschen und die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins und ihre aktive Gegenwehr zu unterbinden bemüht sind.

Die beiden internationalen Frauenkonferenzen der II. Internationale in Hamburg 1923 und Marseille 1925 haben bereits genügend klar Stellung bezogen. Sie sprachen sich gegen j e d e n Krieg aus, schwiegen aber gleichzeitig zum Marokkokrieg; sie billigen die imperialistischen Kriege und verurteilen den Krieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Die Internationale Frauengenossenschaftsgilde, deren Präsidentin und Sekretärin den führenden Parteien der II. Internationale in England und Oesterreich angehören, hat bis jetzt kein Sterbenswort gegen die englische Intervention in China gefunden, während sie seit Monaten in allen Ländern der Welt eine Resolution der Frauen an den Völkerbund zur Abrüstungsfrage und Verhinderung künftiger Kriege im allgemeinen zur Diskussion gestellt hat.

Hier muß die Komintern den Kampf mit der II. Internationale aufnehmen um die Seelen der werktätigen Frauenmassen. Hier steht die brennende große Aufgabe des Internationalen Frauentags, der die Frauenmassen ein-

gliedern muß in die große Klassenfront des internationalen Proletariats, unter den Losungen:

Krieg dem Kriege! „Hände weg von China!“ „Hände weg von Sowjetrußland!“ Alles für den Befreiungskampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten!

Alles für die Revolution!

W. KASPAROWA:

DIE FRAUEN IN DER CHINESISCHEN REVOLUTION

Die Weltgeschichte kennt wenige Bürgerkriege, in denen die werktätigen Frauen eine dermaßen umfassende Rolle spielten, wie dies gegenwärtig in China der Fall ist, wo sie in die Arena der gesellschaftlichen Arbeit treten, allmählich in den Klassen- und nationalrevolutionären Kampf des chinesischen Volkes hineingezogen werden und bereits im Begriff sind, sich in den Reihen der Kämpfer für die Befreiung der chinesischen werktätigen Massen einen Ehrenplatz zu erobern. Gestern noch eine unwissende, ausgebeutete, unterdrückte, demütige Sklavin der alten Familientraditionen, wird sie heute zu einem Faktor der nationalrevolutionären und proletarischen Bewegung. Diese Tatsache findet ihre Erklärung in dem tiefgreifenden Umschwung, den die in China Eingang findenden neuen Produktionsmethoden verursacht haben. Die Entwicklung des Kapitalismus auf dem unberührten Boden der patriarchalischen Stammesverhältnisse zog eine vollkommene Umwälzung in dem gesamten sozialen und wirtschaftlichen Leben des Landes nach sich. In China stehen die traditionellen Familien- und Sittenverhältnisse in einem äußerst scharfen Gegensatz zu den Anforderungen der neuen Zeit. Die Chinesin gelangte unvermittelt in die ungewohnt harten kapitalistischen Verhältnisse, die in ihrer schnellen Entwicklung die alten Produktionsformen, die patriarchalischen Stammesverhältnisse und die alte Ideologie zerstören. Infolge dieses Zustandes wurden die werktätigen weiblichen Massen Chinas vor die lebenswichtige Aufgabe gestellt, sich die Gleichberechtigung in Gesellschaft, Familie und Ehe zu erkämpfen.

Fast die Hälfte der ganzen chinesischen Arbeiterschaft besteht aus Frauen, und deshalb ist es durchaus natürlich, daß die Arbeiterin, die Bäuerin, die werktätigen weiblichen Schichten des Kleinbürgertums sowohl in der nationalen Revolution als auch in der proletarischen und bäuerlichen Bewegung eine bedeutende Rolle spielen. Die grausame Ausbeutung der Frauenarbeit in China, einem Lande, in welchem das Anfangsstadium der industriellen Entwicklung in der Stadt und die Ueberreste der patriarchalischen und feudalen Beziehungen auf dem Lande gemeinsam ihre Wirkung ausüben, begünstigt diese Einbeziehung der Frauen in die Freiheitsbewegung. Ein kurzer Einblick in die Lage der werktätigen chinesischen Frau genügt zum Verständnis der von ihr offenbarten Aktivität und Kampfbereitschaft.

Die Lage der Arbeiterin in China

Die Arbeitslöhne der chinesischen Arbeiterinnen sind außerordentlich niedrig, und ihre gesellschaftliche Stellung in Familie und Ehe ist fast vollständig rechtlos. Nach den Angaben eines Professors der Schanghaier Universität beträgt die Zahl der in der chinesischen Großindustrie beschäftigten Arbeiter 565 000; davon sind 231 000 Frauen. Also besteht die Arbeiterschaft in der chinesischen Großindustrie zur Hälfte aus Frauen. Im Schanghaier Bezirk, in dem die Textilindustrie besonders entwickelt ist, herrscht die Frauen- und Kinderarbeit vor. Die nachstehend angeführten Zahlen für die Arbeitslöhne zeigen, wie niedrig die Entlohnung der Arbeiter ist:

	Qualifizierte Arbeit		Nicht qualifizierte Arbeit	
	Mindestsatz	Höchstsatz	Mindestsatz	Höchstsatz
Männer	17,2 Cent	30 Cent	15 Cent	25 Cent
Frauen	15 „	25 „	10 „	15 „

Das Jahreseinkommen von 75 Prozent der Bevölkerung Chinas beträgt nicht mehr als 10 bis 15 Dollar pro Kopf. Diese Zahlen zeigen die elende Lage, in der sich die chinesischen Arbeiter und Bauern befinden. Nach den Ermittlungen, die das Internationale Komitee zur Hilfeleistung an notleidende chinesische Familien vornahm und die sich auf 7000 Familien erstreckten, kommen im Durchschnitt auf jede Familie fünf Personen, während das Jahreseinkommen von mehr als der Hälfte dieser Familien weniger als 25 Dollar beträgt und für die niedrigste Lebenshaltung etwa 30 Dollar benötigt werden. Da es in China fast keinen Arbeiterschutz gibt, nimmt die Zahl der Betriebsunfälle einen riesigen Umfang an. Die in China herrschende ungeheure Ausbeutung macht sich besonders bei den arbeitenden Frauen und Kindern bemerkbar, die in der Produktion beschäftigt sind. Oft verkaufen die Eltern ihre Kinder an die Fabriken, in denen sie zwei bis drei Jahre unmenschlich ausgebeutet werden, worauf sie als untauglich auf die Straße gejagt und durch frische Kräfte ersetzt werden. Der Arbeitstag beträgt 15, 16 und mehr Stunden und verläuft unter den unmöglichsten hygienischen Bedingungen; es fehlt an Unterkunft und zureichender Schlafgelegenheit. In den Baumwollfabriken in Schanghai sind Knaben und Mädchen im Alter von 7 bis 12 Jahren beschäftigt, die in zwei Zwölfstundenschichten Tag und Nacht arbeiten und je 8 Cent den Tag verdienen. Frauen jeden Lebensalters verdienen bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit etwa 15 Cent den Tag. Besonders schwer ist die Lage der Kinder in Tientsin, Hankau und Schanghai. Die Arbeiterinnen bringen oft ihre Säuglinge mit in die Fabrik und behalten diese auch während der Arbeit den ganzen Tag bei sich. Das Verhalten der Vorgesetzten und der Leitung gegenüber den Frauen ist roh und rücksichtslos; oft werden Körperstrafen in Anwendung gebracht. Im Privatleben ist die Chinesin sozusagen Leibeigene der Familie; sie ist von ihrem Manne abhängig und ist gezwungen, sich gänzlich der Hausarbeit zu widmen. Gang und gäbe ist der Verkauf von Frauen an Freudenhäuser; die Frauen haben des öfteren kein Recht, sich den Gatten selbst zu wählen. Die Lebensbedingungen und die elende materielle Lage veranlaßt oft die Frauen, besonders aber die Mädchen, die Familie zu verlassen, um in die Fabrik zu gehen und sich so von den patriarchalischen Lebensformen frei zu machen. Obwohl die Arbeiterinnen schwerere Arbeit

leisten als die Arbeiter, ist ihr Einkommen fast doppelt so klein wie der Arbeitslohn der Männer.

Die Streikbewegung unter den Arbeiterinnen

Die schwere Lage der werktätigen Frauen veranlaßt diese zur Anteilnahme am Klassenkampf. In den letzten Jahren entstand eine Reihe von Streiks in Seidenspinnereien und Zigarettenfabriken, in denen fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind. Im Jahre 1920 fanden in diesen Unternehmungen 18 Streiks statt, von denen 50 Fabriken mit 30 000 Arbeiterinnen erfaßt wurden. Seit dem Februar bis zum November 1922 fanden in Schanghai 13 Streiks statt, davon sechs in japanischen, fünf in anglo-amerikanischen und zwei in chinesischen Betrieben; an den Streiks waren über 30 000 Arbeiterinnen beteiligt. Der größte Streik in diesem Jahre erfaßte 44 Kleinwebereien mit 22 000 Arbeiterinnen und dauerte zwei Monate.

Anlaß zu den Streiks gaben die niedrigen Arbeitslöhne, der lange Arbeitstag, das gänzliche Fehlen von Mutter- und Kinderschutz, von Schutz für Frauen- und Kinderarbeit sowie die rohe Behandlung der jugendlichen und erwachsenen Arbeiterinnen. Im Jahre 1923 macht die Streikbewegung weitere Fortschritte. Allein in Schanghai wurden damals 54 Streiks durchgeführt, von denen 25 mit dem Sieg der Streikenden endeten; der größte Streik erfaßte 15 000 Arbeiterinnen. Während der Streiks in den japanischen Baumwollfabriken und den anglo-amerikanischen Werken in der Provinz Hobei wurden mehrere Gewerkschaften ins Leben gerufen. Diese Unruhen kamen indessen den Arbeiterinnen teuer zu stehen und erforderten eine Anzahl Opfer. So ereignete sich z. B. im März 1923 in einer der größten Schanghaier Spinnereien ein erschütternder Vorfall. Die Verwaltung der Fabrik Sian-Tsin wollte die Arbeiterinnen für ihre Proteste bestrafen und schloß während eines Brandes die Tore der Fabrik ab, so daß über 100 Arbeiterinnen bei lebendigem Leibe verbrannten. Die Streikbewegung des Jahres 1924 entwickelte sich noch intensiver, wobei die Arbeiterinnen durch die Streikausschüsse und die Gewerkschaften organisatorisch erfaßt wurden. Im Juni 1924 protestierten die Arbeiterinnen in Schanghai gegen die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde; dafür wurden viele Arbeiterinnen mit der Peitsche gezüchtigt, während einige andere mit kochendem Wasser aus den Kesseln verbrüht wurden. Diese unerhörten Vorkommnisse riefen naturgemäß eine offene Empörung der Arbeiterinnen hervor. In drei Betrieben für Seidenverarbeitung traten zuerst 5000 und nachher 15 000 Arbeiterinnen in den Streik ein. Die Fabrikleitung nahm die Hilfe der Polizei in Anspruch, die mehrere Verhaftungen vornahm. Die Arbeiterinnen setzten den Streik noch mehrere Tage fort und verlangten die Freilassung der Verhafteten; außerdem forderten sie den Zehnstundentag, Lohnaufbesserung, zwei freie Ausgangstage im Monat, Abschaffung der Nacharbeit für Frauen und Kinder, menschenwürdige Behandlung, Schutz der Mutterschaft durch einen fünfwöchentlichen Urlaub vor und nach der Niederkunft, Anerkennung der im Januar 1924 ins Leben gerufenen Gewerkschaft der Arbeiterinnen der Seidenindustrie. Der Streik hatte eine unbedeutende Lohnsteigerung und die Anerkennung des Rechts auf Organisation zur Folge.

Die Arbeiterinnen beteiligen sich auch aktiv an den allgemeinen Streiks

der gesamten Arbeitermassen. Im Februar 1925 streikten gemeinsam 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der japanischen Baumwollfabrik Nagai-Hata-Kapscha. Durch die Unterdrückung in Empörung versetzt, zerstörten sie die Maschinen und jagten die Fabrikleitung in die Flucht. Die Streikenden forderten bessere Behandlung, bessere Arbeitsbedingungen und Abschaffung der Nacharbeit für Frauen. Im März entstand ein Streik von 4000 Arbeiterinnen der Seidenspinnereien in Schuntaka aus Anlaß einer Lohnherabsetzung. Während der Protestkundgebung wurden die Arbeiterinnen mit Gewalt aus der Fabrik entfernt, und drei von ihnen wurden grausam geschlagen. Aus Anlaß der schlechten Behandlung der Arbeiterinnen flammte ein anderer Streik in Tsingtau auf.

Im Frühling 1925 macht sich eine ungeheure Zunahme der Streiks bemerkbar, in denen die Arbeiterinnen eine große Rolle spielen. Nach den Angaben des Schanghaier Gewerkschaftsrates betrug die Zahl der streikenden Arbeiterinnen bei den ausländischen Unternehmungen 200 000. Davon kamen 80 Prozent auf die Textilarbeiter, deren Mehrzahl aus Frauen und Kindern besteht.

Die Schanghaier Ereignisse in den Jahren 1925 und 1926 bildeten den Wendepunkt in der Geschichte der chinesischen Arbeiterbewegung und beeinflussten stark die Streikbewegung unter den Arbeiterinnen, die immer mehr zu einer Massenbewegung von politischem Charakter wurde und eine größere Geschlossenheit und Organisiertheit annahm. Das ergibt sich nicht nur aus den Forderungen der Streikenden, sondern auch aus ihren Kampfmethoden selbst. Um diese Zeit wird es fühlbar, daß die Leitung der Streiks in den Händen der Gewerkschaften, der Kommunistischen Partei und der Kuomintang liegt. Die Arbeiterinnen treten den allgemeinen Gewerkschaften bei; wo aber das Fehlen von Partei- und Gewerkschaftskräften fühlbar wird, da bilden sie ihre eigenen speziellen Frauengewerkschaften.

Die Kommunistische Partei widmet der Arbeit unter dem weiblichen Proletariat ihre besondere Aufmerksamkeit, indem sie eine Reihe konkreter praktischer Maßnahmen trifft, um die breiten Massen der chinesischen werktätigen Frauen zu gewinnen. Ende März des Jahres 1926 wurde eine Konferenz der Arbeiterinnen aus Kwantung und Hongkong einberufen, die von 800 Vertretern der Arbeiterinnen beschickt wurde. Die Konferenz behandelte die Lage der Arbeiterinnen in den Fabriken. Die angenommene Resolution fordert von den Regierungen die Organisierung eines Instruktorienkomitees zur Durchführung neuer Fabrikregeln, Mutterschafts- und Kinderschutz, gleiche Entlohnung für die gleiche Arbeitsleistung usw. Es wird außerdem die Forderung erhoben, daß zum Instruktorienkomitee Vertreterinnen der Arbeiterinnen zugelassen würden. Diese Konferenz war von großer Bedeutung; sie knüpfte zum erstenmal engere Beziehungen zwischen den arbeitenden Frauen und der Partei des Proletariats.

Die Organisierung der chinesischen Arbeiterinnen in Verbänden

Im Mai 1926 entstand der Verband der Arbeiterinnen in der Seidenfabrik Tscheng-Te. Ueber 50 Arbeiterinnen traten in den Verband ein. In Honan (einer Insel gegenüber Kwantung) wurden die Vorbereitungsarbeiten zur Organisierung der Arbeiterinnen durchgeführt. Ueber 200 Arbeiterinnen

haben sich bereits dem Verband angeschlossen; desgleichen wurde eine Schule für Arbeiterinnen ins Leben gerufen. In der Provinz Kwantung werden etwa 55 000 Weberinnen gezählt, unter denen eine starke Sympathie für die Organisation zu bemerken ist. Die Massen wenden sich gegen die rechtsgerichteten Führer und unterstützen die linken Kuomintangleute und die Kommunisten. In der Wollindustrie sind etwa 20 000 Arbeiterinnen beschäftigt; diese veranstalteten eine Delegiertenkonferenz, die zwei Tage dauerte und an jedem Tage von etwa 500 weiblichen Delegierten besucht wurde. Die Vertreterinnen veröffentlichten eine Erklärung, in der sie ihre Nöte aufzählten und auf die Notwendigkeit der Gründung eines eigenen Arbeiterinnenverbandes hinwiesen. Es wurde eine allgemeine Versammlung einberufen, wobei den Frauen der Vorschlag gemacht wurde, sich dem „Verband der Wollarbeiterinnen“ anzuschließen. Der Beitritt zu dieser Organisation hat schon eingesetzt, und es sind bereits Genossen als ständige Frauenorganisatoren und Propagandisten tätig. In Hongkong wurde im Juni ein Näherinnenverband gegründet, der bereits etwa 1000 Mitglieder zählt. Im Mai fand eine Versammlung von Vertreterinnen der in der Textilproduktion beschäftigten Frauen statt; der Versammlung wohnten etwa 500 Frauendelegierte bei. Es wurde ein Manifest veröffentlicht, das die Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen schilderte und die Verbesserung dieser Bedingungen forderte. Viele Frauenverbände von nationalrevolutionärem Charakter sagten diesem Manifest öffentlich ihre Unterstützung zu.

Die Ausnutzung der rückständigen Arbeiterinnen durch die Unternehmer zum Kampfe gegen die Arbeiterklasse

Die Notwendigkeit, die Arbeiterinnen für die allgemeinproletarische revolutionäre Front zu gewinnen, wird in letzter Zeit besonders aktuell. Viele rückständige Schichten der Arbeiterinnen wurden von den Unternehmern in deren Kampf gegen die Arbeiter ausgenutzt. In China bestand eine Gesellschaft zur Arbeiterinnenforschung, die von dem weiblichen Lockspitzel Mu-Tsy-Ing ins Leben gerufen worden war. Diese Gesellschaft diente den Fabrikanten als Werkzeug zur Desorganisierung der proletarischen Reihen. In 30 chinesischen Seidenspinnereien entstand im Jahre 1926 ein Streik von 24 000 Arbeiterinnen; diese verlangten außer wirtschaftlichen Verbesserungen die Auflösung der „Gesellschaft zur Arbeiterinnenforschung“ und die Entlassung des weiblichen Lockspitzels Mu-Tsy-Ing. Die Arbeiter zerstörten diese Lockspitzel- und Streikbrechervereinigung, und Mu-Tsy-Ing wurde entlassen. Während des Streiks wurden acht Arbeiterinnen beim Verteilen von Flugblättern verhaftet. Ueber 1000 Arbeiter zogen vor das Polizeigebäude und forderten die Freilassung der Verhafteten. Der Streik wurde mit Erfolg zu Ende geführt. In diesem wie in anderen Fällen gelang es der organisierten Bewegung der Arbeiterinnen, die Aufhebung der reaktionären Frauenvereinigungen durchzusetzen.

Die Gewinnung der Frauen für die Kommunistische Partei und die Kuomintang

In letzter Zeit ist der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas bedeutend höher geworden. Ende des Jahres 1925

betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 8 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. In Schanghai allein gehörten 150 Frauen, darunter 100 Arbeiterinnen der Partei an. Im Juli 1926 gehörten in nur fünf chinesischen Provinzen, unter ihnen Hunan, Hupe, Fukien, 4405 Mitglieder, darunter 466 Frauen, also 10,6 Prozent, der Partei an. In Schanghai gibt es gegenwärtig 2241 Parteimitglieder, darunter 414 Frauen, also 18,4 Prozent. Von der gesamten weiblichen Mitgliedschaft machen die Arbeiterinnen 366 oder etwa 90 Prozent aus. In der Kuomintang bilden die Frauen 20 Prozent der Mitgliedschaft.

Die Feier des 8. März in China

Kennzeichnend für das allmähliche Anwachsen der Bewegung der breiten chinesischen Frauenmassen ist die Feier des 8. März, des Internationalen Frauentages, in China. Die Chinesinnen feierten den 8. März erstmalig im Jahre 1924, aber damals beschränkte sich die Feier ausschließlich auf Kwantung, einen Kantoner Bezirk, und erfaßte nur eine unbedeutende Teilnehmerzahl. Im Jahre 1925 wurde der Tag der internationalen Arbeiterinnensolidarität nicht nur im revolutionären Kanton, sondern auch in anderen industriellen Mittelpunkten Chinas begangen, und zwar in Schanghai, in Peking, in Tientsin und anderen Provinzen, in denen viele Arbeiterinnen in der Produktion beschäftigt sind.

Indessen gelang es erst der Feier des Internationalen Frauentages im Jahre 1926, ungeheure Massen der werktätigen Frauen zu erfassen und einen wahrhaften Massencharakter anzunehmen. Sie erst zeigte, daß die Einheitsfront zwischen den revolutionär gestimmten Frauen des Kleinbürgertums und der Intelligenz und den Proletarierinnen und Bäuerinnen sich befestigt, daß alle diese werktätigen weiblichen Massen gegenwärtig immer innigeren Anschluß an die Einheitsfront der nationalrevolutionären Bewegung finden. Die von den Kommunistinnen verkündete Parole der Vereinigung aller werktätigen Frauen zum Kampf gegen den Imperialismus für die Unabhängigkeit Chinas beginnt aktuell zu werden und realen Gehalt zu gewinnen. In dieser Hinsicht ist von ungeheurer Bedeutung der für das laufende Jahr 1927 einzuberufende und auf dem Internationalen Frauentag folgende *Allchinesische Frauenkongreß*, dessen Ziel es ist, die werktätigen Frauenmassen auf dem Boden des nationalrevolutionären Kampfes gegen die Imperialisten, für die Gleichberechtigung der Frau, für die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und familienrechtlichen Lage der Proletarierin, der Bäuerin und der werktätigen kleinbürgerlichen Frau zu vereinigen.

Die Parolen der revolutionären Arbeiterinnenbewegung

Die Parolen der revolutionären Organisationen zur Agitation unter den Arbeiterinnen tragen den Charakter einer antiimperialistischen, antimilitaristischen Propaganda und sind gleichzeitig mit konkreten Forderungen verknüpft. Es werden spezielle Parolen für einzelne Zwischenschichten der weiblichen werktätigen Bevölkerung aufgestellt, und zwar für die Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Kleinbürgerinnen, die Intellektuellen, die Studierenden usw. Zu diesen speziellen Parolen gehört beispielsweise der Kampf gegen

das Opium. Das Opium bedeutet für das Land ein ungeheures Uebel; es verhindert das Eindringen der Kultur in die breiten Massen, es bildet eine Quelle der unerhörten Ausbeutung der Bauernmassen und einen Grund für die aggressive Politik des Imperialismus. Die werktätigen Frauen in China haben das allergrößte Interesse an dem Kampf gegen das Opium, an dem Kampf gegen die fremden Kapitalisten, die den Opiumhandel monopolisieren und die fast gewaltsam die chinesische Bauernschaft zur Opiumgewinnung anhalten. Gegenwärtig wird allmählich der Kampf für die Einbeziehung der Frauen in die revolutionäre Gesamtfrente bereits von der Aufstellung einer Reihe konkreter Forderungen begleitet, die den Schutz für die unmittelbaren Interessen des weiblichen Teiles des Proletariats bezwecken. Zu diesen Forderungen gehören der Achtsturentag, ein wöchentlicher Ruhetag, der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, der Mutterschafts- und Säuglingsschutz, die Abschaffung des Strafgeldersystems und der Körperstrafen, gleicher Lohn für gleiche Leistung, die Koalitionsfreiheit für diejenigen Provinzen, in denen sie noch nicht besteht, das Versammlungs- und Streikrecht usw.

Die Propaganda unter den Bäuerinnen

Von großer Bedeutung für die nationalrevolutionäre Bewegung ist die Gewinnung der bäuerlichen Bevölkerung, darunter auch ihres weiblichen Teiles, für die antimilitaristische Einheitsfront. Die Massen der Bäuerinnen können hineingezogen werden in den allgemeinen Kampf für die Herabsetzung des Pachtzinses, für die Abschaffung der vielfältigen Steuern, für die Einziehung der Kloster- und Kirchenländereien. Es ist notwendig, die Bäuerinnen für die Teilnahme an der Schaffung von Bauernausschüssen zum Kampfe für alle diese Reformen zu gewinnen. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, die Bedeutung dieser Reformen sowohl für die gesamte bäuerliche Bevölkerung als auch für den weiblichen Teil allgemein verständlich zu machen. Bei allen Maßnahmen an der Agrarfront ist es notwendig, den Interessen der Bäuerinnen Rechnung zu tragen und sie in erster Linie sowohl wirtschaftlich wie sozial und in der Ehe gleichberechtigt zu machen, wobei das Moment des Kampfes gegen die Ueberlieferung besonders zu betonen ist, die die chinesische Bäuerin zur wirklichen Sklavin herabwürdigt. Bei der Schaffung von Bauernausschüssen müssen unbedingt auch die Bäuerinnen für die Teilnahme gewonnen werden.

Die Propaganda unter den kleinbürgerlichen werktätigen Frauen

Das städtische Kleinbürgertum (die Heimarbeiter und Handwerker, die in China recht zahlreichen Kleinhändler) und die Intelligenz (die Studentenschaft, die Schüler usw.) verhalten sich feindselig gegenüber dem ausländischen Kapital und schließen sich unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Kuomintang der nationalrevolutionären Bewegung an. Für die arbeitenden Frauen dieser Schichten sind besonders folgende Interessen entsprechende Forderungen wichtig: politische Rechte, das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Erbschaft usw. Die zahlreichen Maßnahmen der reaktionären Militaristen zur Unterdrückung der Frau, wie z. B. das Verbot jeglicher Koalition, das Verbot der Koedukation in der Volksschule, das Verbot,

das Haar abzuschneiden und europäische Kleidung zu tragen, — alles das bildet das Material, das das Verhalten der Reaktion gegenüber der Gleichberechtigung der Frau und ihrer Menschenwürde kennzeichnet. Diese Tatsachen veranlassen sogar die kleinbürgerlichen Schichten der Frauen zum Anschluß an den Befreiungskampf des chinesischen Volkes. Es ist Aufgabe der chinesischen Revolution in bezug auf die Masse der werktätigen Frauen, diese für die antiimperialistische Einheitsfront und für den Klassenkampf des Proletariats zu gewinnen, als Kampftruppe der chinesischen Revolution, als frische Streitkraft, unberührt vom Geiste des Reformismus, voll Begeisterung und fähig, dem Kampf des chinesischen Volkes neue mächtige Ströme revolutionärer Energie zuzuführen.

T. G.:

DIE ARBEITERIN IN DER PRODUKTION DER USSR

Es ist allgemein bekannt, daß trotz der allergrößten Schwierigkeiten, trotz der allgemeinen Armut des Landes die Sowjetgewalt die nötigen Maßnahmen getroffen hat, die der Arbeiterin die Arbeitsbedingungen in Berücksichtigung der Mutterschaft und der Säuglingspflege erleichtern, ihr die Möglichkeit geben, sich kulturell und politisch zu entwickeln, um sie im öffentlichen Leben zu verantwortlicher Arbeit heranzuziehen. Von dieser Art ist die Behandlung der werktätigen Frauen durch die Sowjetgewalt im allgemeinen. Aber die Teilnahme der Frauen an der Sowjetproduktion schafft für die Arbeiterfrau besonders günstige Bedingungen für ihre Entwicklung.

Wir wollen nunmehr die Bedingungen vergleichen, unter denen die Arbeiterin in der Produktion der USSR und der bürgerlichen Staaten tätig ist.

Wir wissen, daß sich in den bürgerlichen Staaten nach Beendigung des Krieges ein intensiver Prozeß der Verdrängung der Frauen aus der Produktion vollzieht, wo sie den Platz ihrer zur imperialistischen Schlachtbank beförderten Brüder und Männer einnehmen durften. Nach der Rückkehr der Arbeiter von der Front begannen die Unternehmer, bedroht durch die gewaltigen Armeen der arbeitslosen Männer, die Arbeiterinnen zu entlassen, obwohl deren Arbeit wegen des niedrigeren Lohnes für die Herren von größerem Vorteil war. Die Frauen wurden in großen Massen auf die Straße geworfen. (Dieser Prozeß wurde in den letzten Jahren nur dank der kapitalistischen Rationalisierung aufgehalten, die die Ausbeutung der billigen Frauenarbeit in größerem Maßstabe anwenden hieß.) In England wurden beispielsweise in einem Jahre (von November 1918 bis November 1919) aus den Fabriken 775 000 Arbeiterinnen entlassen. Diese Verdrängung setzte sich

auch weiter fort. In England zählte man im Januar 1923 um 670 580 Arbeiterinnen weniger als im Jahre 1914 — vor dem Kriege.

Dieses Bild der Verdrängung der Frauen aus der Produktion nach dem Kriege sehen wir überall. In Deutschland hatte sich die Zahl der Arbeiterinnen während des Krieges folgendermaßen vergrößert*: während es dort im Jahre 1913 1 405 621 Arbeiterinnen gab, zählte man im Jahre 1918 2 138 910 Arbeiterinnen. Aber schon in dem einen Nachkriegsjahre 1918 bis 1919 verringerte sich die Zahl der Arbeiterinnen fast um 1 Million. Im Jahre 1919 waren in den deutschen Fabriken nur noch 1 372 016 Arbeiterinnen beschäftigt.

Vielleicht haben aber die Arbeiterinnen das friedlichere Leben am häuslichen Herd, die Sorge für den Hausherrn, der Arbeit für den Fabrikherrn vorgezogen?

Leider ist dem nicht so. Die kleinen Menschenkinder bekommen es allenthalben zu spüren, wie sich die Zahl dieser häuslichen Herde verringert hat, nachdem Millionen von Vätern und Männern auf den Schlachtfeldern gelieben sind.

Die elementare Welle der Verdrängung der Arbeiterin durch die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter ist natürlich auch über Sowjetrußland hinweggegangen; doch wurde hier der elementaren Welle bewußter Widerstand entgegengesetzt: Die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften zogen eine Grenze, unter die der Prozentsatz der in der Produktion beschäftigten Arbeiterinnen nicht hinabsinken durfte, so daß das weitere Wachstum des Proletariats der USSR mit einem ununterbrochenen Wachstum seines weiblichen Teiles Hand in Hand ging.

Wir wollen nun die Daten über die in der Industrie der USSR beschäftigten Frauen mit den von uns angeführten entsprechenden Daten Englands und Deutschlands vergleichen.

In der Zensus-Industrie der USSR waren beschäftigt:

Am 1. Juli 1925 587 710 Arbeiterinnen (28,7 Prozent der gesamten Arbeiterzahl).

Am 1. Juli 1926 722 509 Arbeiterinnen (28,9 Prozent der gesamten Arbeiterzahl).

Eine Zunahme um fast 135 000 für ein Jahr.

Zum Zwecke einer Regulierung der Einstellung und Entlassung, wie der Vermeidung von Mißbräuchen irgendwelcher Art gegenüber den betriebs-tätigen Arbeiterinnen werden in den Betriebsrat stets eine oder mehrere Arbeiterinnen hineingewählt, selbst da, wo die Frauen nur eine winzige Minderheit bilden. In den Textil- und chemischen Fabriken, wo die Frauen die Mehrheit bilden, sind die Betriebsräte in der Regel ganz in den Händen der Arbeiterinnen.

Hier ist es nun von Interesse, die Behandlung der Frage der sogenannten „Doppelexistenzen“ in den bürgerlichen Ländern und in der USSR zu vergleichen. Bei einer Produktionseinschränkung in Sowjetrußland kommt es beim Abbau einer Arbeiterin niemals in Frage, daß auch ihr Mann beschäftigt ist. Bei Entlassungen in den Sowjetbetrieben gilt als entscheidender Gesichtspunkt stets die Leistung und nur in Abhängigkeit davon wird der eine oder andere Arbeiter entlassen. Es

* Die angeführten Zahlen beziehen sich auf Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern.

pflegen Fälle vorzukommen, wo gerade der Mann entlassen wird, während dessen Frau als bessere Arbeiterin auf ihrem Platze verbleibt.

Im Hinblick darauf, daß zur Zeit in Sowjetrußland ein großer Zuzug aus dem Dorfe nach den Fabriken zu beobachten ist, wird zum Zwecke eines Schutzes der Arbeiterjugend vor Arbeitslosigkeit in einem jeden Betriebe ein sogenannter „Jugendharnisch“ gebildet, d. h. es wird ein obligatorischer Prozentsatz für die Einstellung neuer Arbeiter aus der Mitte der Jungproletarier, der Arbeiterkinder (beginnend mit dem 16. Jahre) festgesetzt.

In diesem „Jugendharnisch“ sind den Mädchen 31 Prozent eingeräumt, d. h. ein größerer Prozentsatz als der der Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen.

Am 1. April 1926 waren in den Fabriken 111 824 männliche und 56 176 weibliche Jungarbeiter des „Jugendharnisch“ beschäftigt.

Diese Tatsache garantiert mit Sicherheit nicht nur eine Zunahme der absoluten Zahl der Arbeiterinnen in der Sowjetindustrie (was schon jetzt der Fall ist), sondern auch das relative Wachstum der Zahl der Arbeiterinnen im prozentualen Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter. Und hier ist es von Interesse, zu vergleichen, wie diese Zunahme der Zahl der in der Sowjetproduktion beschäftigten Frauen von einer Besserung ihrer Arbeitsbedingungen begleitet ist, während die durch die kapitalistische Rationalisierung bedingte Vergrößerung der Zahl der Arbeiterinnen nur zu einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterinnen führt.

Somit sehen wir, daß im Gegensatz zu der elementaren, durch nichts gemilderten Verdrängung der Frauen aus der Produktion in den kapitalistischen Ländern unmittelbar nach dem Kriege in Sowjetrußland das Bestreben besteht, die Arbeiterin in der Produktion festzuhalten. Dieses Bestreben ist natürlich nicht durch den Wunsch einer Ausbeutung „der billigeren“ Arbeit diktiert, da ja hier die Entlohnung der Männer und Frauen die gleiche ist, es ist nur die bewußte Behandlung der arbeitenden Frau als vollberechtigtes Mitglied der Arbeiterklasse, die diese Einstellung begründet.

Und hier besteht ein wesentlicher Unterschied in der Lage der Arbeiterinnen in den kapitalistischen Ländern und in der USSR.

Während die Frau allenthalben in der Welt einen geringeren Lohnsatz erhält als der arbeitende Mann (bei gleichen Arbeitsbedingungen), ist in der USSR überall das Prinzip durchgeführt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Arbeiterinnen der USSR in ihrer Arbeit den Männern vollständig gleichgestellt. Wenn aber eine Reihe von Vergünstigungen in Betracht gezogen wird, die die Arbeiterin in der USSR genießt, so muß anerkannt werden, daß ihre Stellung zuweilen eine noch günstigere ist. Diese Vergünstigungen sind folgende:

1. Urlaub für die Niederkunft: die mit körperlicher Arbeit beschäftigten Frauen haben einen Urlaub von 8 Wochen vor und von 8 Wochen nach der Niederkunft, insgesamt also einen Urlaub von 4 Monaten.

2. Beurlaubung zur Nahrung des Kindes: für die Stillung wird eine Pause während der Arbeit von einer halben Stunde nach höchstens je dreieinhalb Stunden Arbeit gewährt.
3. Das Verbot der Verwendung von weiblicher Arbeit unter Bedingungen, die für den weiblichen Organismus besonders schädigend sind. Es besteht ein Dekret, das den Betriebsleitungen zur Pflicht macht, Arbeiterinnen die mit gesundheitschädigenden Arbeiten beschäftigt sind, solchen Arbeiten zuzuführen, die ihnen gesundheitlich mehr entsprechen. Wenn zur Zeit auch hier und da Abweichungen von den genannten Vorschriften des Sowjetarbeitskodex bezüglich der Teilnahme der Frauen an Nachtarbeit oder Arbeiten unter Tage vorkommen, so ist dies nur in den rückständigen Industriezweigen der Fall und betrifft Arbeiterinnen, die nicht rechtzeitig einer leichteren Arbeit zugeführt werden konnten. Die Verzögerung war bedingt durch die überaus ungünstige Lage, in der sich die Sowjetindustrie in der Periode ihrer Wiederherstellung nach der Zerstörung durch den vier Jahre währenden Bürgerkrieg befunden hatte. Es muß aber bemerkt werden, daß diese Ueberführung der Frauen aus gesundheitsschädlichen Arbeiten in günstigere Arbeitsbedingungen ständige Fortschritte macht.

Es muß auch in Betracht gezogen werden, daß außer diesen Maßnahmen, die sich ausschließlich auf die Frauen beziehen, in der USSR auch eine Reihe von Maßnahmen für den Arbeitsschutz bestehen, die sich auf alle Arbeiter erstrecken, wie z. B.: die Arbeiterkontrolle der Hygiene der Produktionsbedingungen, die neben dem Gehalt gewährte Zuteilung von Nahrungsmitteln (Milch, Butter) und die Einschränkung der Arbeitszeit bis auf 6 Stunden bei gesundheitschädigenden Produktionsbedingungen

Ebenso muß hinzugefügt werden, daß der Prozentsatz der von den Betriebsverwaltungen und den Gewerkschaften nach Sanatorien, Erholungsheimen und Kurorten gesandten Arbeiterinnen den Prozentsatz der in der Produktion beschäftigten Frauen erheblich übersteigt.

Gleichzeitig aber sehen wir, daß in den bürgerlichen Ländern die Ungleichheit in der Entlohnung für die gleiche Arbeit nicht nur nicht aufgehoben, sondern teilweise sogar durch gesetzliche Maßnahmen festgelegt wird.

Im Jahre 1918 hat z. B. in England das Mitglied der Kommission zur Festsetzung eines „Nationalen Minimums“ (Rawentry) folgendes erklärt:

„Wir müssen den normalen Verhältnissen Rechnung tragen. Es ist ganz natürlich, daß der Mann, wenn er heiratet, eine Familie zu versorgen hat; das muß bei der Fixierung des Lohnminimums für ihn in Betracht gezogen werden. . . . Bei der Festsetzung des Lohnminimums berühre ich nicht die Frage des gleichen Lohnes für die gleiche Arbeit oder die Diskussion über den relativen Wert der Männer- und Frauenarbeit. . . . Wenn man meiner Ansicht zustimmt, so muß das Lohnminimum nach dem Kriege für Männer auf 44 Schilling und für Frauen 25 Schilling festgesetzt werden.“

Als Antwort hierauf weist die bekannte Mrs. Webb darauf hin, daß bei weitem nicht alle arbeitenden Männer jemand zu versorgen hätten, und umgekehrt, daß die Arbeiterinnen in nicht geringerem Grade als die Arbeiter gezwungen seien, Eltern, Kinder und seit dem Kriege auch kriegsbeschädigte

Männer zu unterstützen. Sie führt die Angaben Prof. Bowleys an, nach denen in England 27 Prozent aller über 20 Jahre alten Arbeiter, Junggesellen oder Witwer sind, 24,7 Prozent verheiratet sind, aber keine von ihnen abhängige Kinder haben; 16,6 Prozent haben ein Kind zu versorgen, 13 Prozent zwei Kinder, 8,8 Prozent drei Kinder und 9,9 Prozent mehr als drei Kinder.

Der Vorzug, der den männlichen Arbeitern als Stütze der Familie eingeräumt wird, entspricht somit nicht der wirklichen Sachlage.

Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmer selbst sich bezüglich der Frage der Entlohnung weiblicher Arbeit noch weniger Kopfzerbrechen machen. So wird vom Rat der Unternehmensverbände Deutschlands in einem seiner Geheimzirkulare, das im Frühjahr 1921 von der kommunistischen Presse veröffentlicht wurde, den Mitgliedern direkt vorgeschrieben, mit einer Herabsetzung des Arbeitslohnes bei den „übermäßig“ bezahlten Jugendlichen, Frauen und ungelernten Arbeitern zu beginnen.

Bedauerlicherweise sind es oft die arbeitenden Männer selbst, die ihre arbeitenden Schwestern und Frauen nicht nur nicht in Schutz nehmen, sondern sich durch heuchlerische Redensarten verschiedener „Wohltäter der Frauen“ einlullen lassen, um zuweilen sogar einen wahren Feldzug gegen die proletarischen Frauen zu unternehmen; so sind beispielsweise die Straßenbahnarbeiter einer rheinischen Stadt während des Krieges in einen Proteststreik gegen die gleiche Bezahlung der Frauen getreten und haben die Aufnahme der Frauen in den Verband abgelehnt.

Auf Grund dieser Prinzipien, die sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch viele reformistische Gewerkschaften zu eigen machen, kommt eine Norm in der Bezahlung der Frauen zustande, die des öfteren nicht einmal für den Lebensunterhalt eines einzigen Menschen ausreicht. Das Ergebnis ist Schädigung der ganzen Sache des Selbstschutzes der Arbeiter, da die Unternehmer im Hinblick auf den niedrigen Arbeitslohn der Frauen diese als Streikbrecher benutzen, zuweilen aber (selbst in der „Friedenszeit“!) auch die Männerarbeit durch die Frauenarbeit ersetzen, um so den Arbeitslohn der in einem bestimmten Industriezweig beschäftigten Arbeiter zu senken.

Die Frage des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit löst jedoch noch nicht endgültig die Frage der wirtschaftlichen Gleichstellung der Frau.

Diese Frage kann ihre endgültige Lösung nur unter der Bedingung einer Hebung der Qualifizierung der Frauenarbeit finden. Und gerade hier, in diesem allerwundesten Punkt, tritt am deutlichsten der Unterschied in der Lage der werktätigen Frau in der bürgerlichen Welt und im Lande der Sowjets hervor.

In der bürgerlichen Welt herrscht die Ueberzeugung, daß die Frau zu einer qualifizierten Arbeit überhaupt nicht fähig sei, daß sie in geistiger wie körperlicher Beziehung notgedrungen hinter dem Manne zurückstehen müsse, daß sie so von der Natur geschaffen und dagegen nichts zu machen sei. Demgegenüber muß betont werden, daß, was die Ver-

richtung bäuerlicher und auch sonstiger physischer Arbeit betrifft, die Frau des öfteren die gleichen physischen Leistungen vollbringt wie der Mann. Das gilt für die Arbeit von Frauen als Verladerinnen, Wäscherinnen, Briefträgerinnen, endlich als Bäuerinnen, die in vielen Gouvernements Rußlands die ganze landwirtschaftliche Arbeit verrichten, während ihre Väter, Männer und Brüder einem Gewerbe in der Stadt nachgehen. Diese Tatsachen zerstören die Vorurteile hinsichtlich der allgemeinen physischen Schwäche der Frau vollkommen. Das gleiche gilt auch gegenüber der Behauptung der geistigen Zurückgebliebenheit; die Antwort gibt hier das Leben selbst, das eine erhebliche Zahl von Frauen in den sogenannten freien Berufen als Aerztinnen, Rechtsanwältinnen, Schauspielerinnen, Malerinnen, Schriftstellerinnen und selbst als Gelehrte zeigt.

Wenn man aber den in der bürgerlichen Gesellschaft mangelnden Schutz der Frau in jener Zeit in Betracht zieht, wo der Organismus durch die Funktionen der Mutterschaft in Anspruch genommen ist (was oft eine vorzeitige Erschöpfung zur Folge hat), wenn man die ungeheure Zahl von Vorurteilen in Betracht zieht, die man durch Jahrhunderte hindurch geschleppt hat und die die Frau durch eine „chinesische Mauer“ vom öffentlichen Leben fernhalten, so ist es leicht zu verstehen, warum die Mehrzahl der Frauen den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen sich nur mangelhaft anpaßt und in geistiger wie physischer Beziehung nicht voll entwickelt ist.

Nur die USSR macht es sich zur Aufgabe, „neue“ Schichten von Frauen zu erziehen, die den Männern in allem gleichwertig sind.

Der Frau steht im Sowjetlande der Zutritt zu jeglicher Arbeit und zu jeglicher Vorbereitung zu dieser Arbeit überall offen. Wir haben schon von dem Schutz für jugendliche Mädchen in der Produktion gesprochen. Ein solcher Schutz besteht auch für alle Mädchen, die in technischen Lehranstalten ihre Ausbildung erhalten, so daß der Prozentsatz der technisch geschulten Frauen in schnellem Steigen begriffen ist:

1. In Betriebsschulen waren im Jahre 23/24 = 16,5 Prozent Mädchen,
- in Betriebsschulen waren im Jahre 24/25 = 22 Prozent Mädchen,
- in Betriebsschulen waren im Jahre 25/26 = 37 Prozent Mädchen.

Die Aufnahme für das Lehrjahr 1926/27 ergab 40 Prozent junger Mädchen. In den mittleren technischen Schulen zählt man 43,224 Frauen oder 44,8 Prozent der Gesamtzahl der Schüler.

In den technischen Hochschulen sind 37 536 Frauen, was 33 Prozent der Gesamtzahl der Studierenden ausmacht.

Es werden auch die ernstesten Maßnahmen getroffen, um die Qualifikation der schon betriebstätigen Frauen zu heben. Sie werden zu abendlichen berufstechnischen Kursen herangezogen, die jeweils den verschiedenen Fabriken angegliedert sind. Die Beteiligung von Frauen an solchen Kursen beträgt 18,5 Prozent der Gesamtzahl der diese Kurse besuchenden Arbeiter.

Zugleich mit der Ausbildung der weiblichen qualifizierten Arbeitskraft durch Schulen und Kurse geht, wenn auch langsam, so doch mit großer Beharrlichkeit, auch die Heranziehung der Arbeiterinnen von der unqualifizierten Arbeit zu der qualifizierteren Arbeit der „Werkbank“ vor sich, wo die Arbeiterinnen unter Leitung eines Meisters in der einen oder anderen

qualifizierten Arbeit unterwiesen werden. Diese Umstellung der Arbeiterinnen auf die qualifizierte Arbeit ist eine der Formen der sogenannten „Aussonderung“ und bezieht sich nicht nur auf die technische, sondern auch auf die Verwaltungstätigkeit.

In der Sowjetunion gibt es jetzt qualifizierte Arbeiterinnen auf dem technischen wie auf dem Verwaltungsbereich. — Chauffeure, Drechsler, Schlosser, Elektromonteuere, Leiter von Werken und Betrieben, stellvertretende Direktoren und selbst einige rote Direktoren; auch in den Verwaltungsräten von Trusts sitzen Frauen.

Besonders auffallend ist das Hervortreten der Frauen innerhalb der Gewerkschaften: mehr als tausend Frauen sind ehrenamtlich und als Angestellte in leitenden Gewerkschaftsorganen tätig.

Wenn man den Umstand in Betracht zieht, daß die Betriebsklubs die Pflanzstätte der Kulturarbeit sind, wo die Liquidierung des Analphabetentums durchgeführt, wo Bildungszirkel organisiert werden, die gegenwärtig 225 000 Arbeiterinnen zählen, wo Konzerte und Theaterstücke durch Arbeiterinnen und Arbeiter selbst aufgeführt werden, wo politische Aufklärungsarbeit durch die sogenannten Delegiertinnen* geleistet wird, so kann man mit vollem Recht behaupten, daß die Teilnahme der Arbeiterin am Sowjetproduktionsprozeß ihren kulturellen und technischen Horizont erweitert**.

Und noch mehr. Im Arbeiterstaat sind Fabriken und Werke die Zentren des öffentlichen Lebens, die Quellen der lebendigen politischen Macht des Landes, — und begünstigen damit neben der kulturellen und technischen Entwicklung auch die Erweiterung des politischen Gesichtskreises und fördern die Aktivität der Arbeiterinnen.

Nur in einem Lande, das sich von der bürgerlichen Herrschaft befreit hat, kann die werktätige Frau die ihr innewohnenden Kräfte zur vollen Entwicklung bringen und den Mann in kultureller, wirtschaftlicher und in politischer Beziehung einholen.

H. WALECKI:

DER NEUE BAND DES „JAHRBUCHES“ ***

Die dritte Ausgabe des „Jahrbuches“ für 1925—1926 erschien im November des vorigen Jahres aus Anlaß des 7. Erweiterten Plenums des EKKL. (Die ersten zwei Ausgaben umfaßten die Jahre 1922—1923 und 1923—1924.) Die dritte Ausgabe enthält ebenso wie die zwei ersten neben reinem Tatsachen- und Zahlenmaterial nicht weniger als ein halbes Hundert Artikel.

* Vertreterinnen von je 10 Arbeiterinnen, die für 1 Jahr gewählt sind.

** Man muß in Betracht ziehen, daß fast bei jedem Betriebe Kinderkrippen und sogenannte „Kindergärten“ und Kinderhäuser (für Kinder von 3—8 Jahren) vorhanden sind; in der Mehrzahl der Fälle gibt es auch öffentliche Speiseanstalten. All das gibt der Arbeiterin die Möglichkeit, sich mit ihrer Selbstentwicklung zu befassen.

*** Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925—1926. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin. XXIV und 1051 Seiten.

In der Artikelserie (S. 10—57) über „Drei Jahre Kommunistische Internationale“, die Jugendinternationale, die internationale kommunistische Frauenbewegung, die Bauerninternationale, das Marx-Engels-Institut, die II. Internationale findet der Leser sehr reichhaltiges, in gedrängter Form dargestelltes Material; besonders wertvoll sind die Aufsätze von Pepper über die Komintern (abgeschlossen im August 1926) und von Glaubauf über die II. Internationale. Die nächsten Kapitel (S. 61—117) sind der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Lage der Arbeiterklasse gewidmet.

Der Abschnitt für Wirtschaftsleben (S. 121—212) besteht aus einer Reihe von einzelnen Aufsätzen (Die Weltwirtschaft im Jahre 1924—1925, Die Interalliierten Schulden, Die Reparationsfrage, Die großen Mächte der Welt) und aus umfangreichen statistischen Tafeln. Diesen Abschnitt beschließt eine ziffernmäßige Untersuchung von Genossen Varga über die Bevölkerungsstruktur der wichtigsten kapitalistischen Staaten. Eine ähnliche, im vorigen „Jahrbuch“ veröffentlichte Untersuchung wurde von dem menschewistischen Kritiker Weitinsky einer scharfen Kritik unterzogen. Im Vorwort zu dem gegenwärtigen Band des „Jahrbuches“ wird darauf hingewiesen, daß der Kritiker von einer rein formalen Definition des Begriffes „Proletariat“ ausgeht, zu dem er in den kapitalistischen Ländern die Fabrikdirektoren, die hohen Staatsbeamten, die Geistlichen u. a. m. rechnet, die ja vom „Verkauf ihrer Arbeitskraft“ leben, während er gleichzeitig mit Umgehung der sozialen und politischen Kriterien aus dem Proletariat die vermeintlich unabhängigen Heimarbeiter, die Dorfarmut usw. ausschließt. Daher die unvermeidlichen Widersprüche, die sich aus der sozialdemokratischen Einstellung des Kritikers ergeben.

Der Abschnitt „Weltpolitik“ (S. 215—281) enthält neben einem kurzen einleitenden Artikel den Aufsatz von Gerhart „Locarno und Genf“ und eine ausführliche Skizze von Loaf über die „Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter Coolidge 1924—1925“. Die chronologische Tafel der wichtigsten Ereignisse der internationalen Politik umfaßt den Zeitraum zwischen Ende 1924 und Anfang Mai 1926. Diesen Abschnitt beschließt ein Aufsatz über die gegenwärtigen Rüstungen. Im allgemeinen enthält dieser Abschnitt des „Jahrbuches“ im Vergleich zu den anderen Abschnitten weniger orientierendes Material, als für die Leser eines solchen Nachschlagewerkes wünschenswert ist.

Sehr interessant sind die statistischen Tabellen im Kapitel „Demographische Notizen“ (S. 285—294). Als ungenügend erscheint indessen die Tafel der „Staaten mit starken nationalen Minderheiten“, die vier Staaten — Polen, die Tschechoslowakei, Belgien und Rumänien — umfaßt. Zur Einführung in die Tabelle werden die nationalen Minderheiten in den genannten Ländern (in der obigen Reihenfolge) mit 47, 42, 41 und 23 Prozent bewertet, in den Tabellen jedoch werden auf Grund offizieller (naturgemäß gefälschter) Statistiken ganz andere Angaben gebracht (für Rumänien betragen in der Tabelle die nationalen Minderheiten 37,8 Prozent, in der Einführung 23 Prozent — etwa ein Druckfehler?). In der Tschechoslowakei werden in Übereinstimmung mit der offiziellen Doktrin die Slowaken der einheitlichen tschechoslowakischen Nation zugezählt, in Belgien werden die Wallonen, die wohl eine arithmetische Minderheit bilden, als unterdrückte Nationalität angeführt, während in Wirklichkeit die Flamen um ihre Gleichberechtigung kämpfen müssen. Ueberhaupt enthält nicht nur dieser Teil des „Jahrbuches“, sondern auch der letzte, der die Angaben für die einzelnen kapitalistischen Länder enthält, sehr spärliches Material über die nationalen Minderheiten, ihre zahlenmäßige Zusammensetzung, ihren sozialen Charakter und ihren Kampf. Das hat Geltung, abgesehen von den bereits genannten Ländern, für Italien, Spanien, Frankreich, Irland. Es wäre zu wünschen, daß diese Lücke bei der Vorbereitung der künftigen Ausgabe des „Jahrbuches“ berücksichtigt wird.

Der zweite Teil des „Jahrbuches“ (S. 297—587), der der Sowjetunion gewidmet ist, ist besonders wertvoll für die Benutzer des „Jahrbuches“ in den kapitalistischen Ländern. Außer reichhaltigem zahlenmäßigem und rein informatorischem Material finden wir hier eine Reihe von Aufsätzen, darunter einen Artikel über die Außenpolitik der USSR von „Politicus“, einen Aufsatz Rykows über das Industrialisierungsproblem, einen von Smirnow über die Entwicklung der Landwirtschaft, einen von Dzerzhinski über die Industrie und einen Aufsatz Stalins über den Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus. Gut durchgeführt ist die Gewerkschaftsbewegung (in einem Aufsatz von Melnitschanski) und das in dieser Ausgabe neu eingeführte Kapitel über die unabhängigen und autonomen Republiken.

Der dritte Teil des Buches (S. 591—1035) gewährt einen Ueberblick über die kapitalistischen Länder in alphabetischer Reihenfolge. Um eine Vorstellung von der Reichhaltigkeit

des in diesen Revuen enthaltenen Materials zu geben, greifen wir als Beispiel drei Staaten heraus: das Britische Reich, China und Deutschland.

Das Britische Reich in seiner Gesamtheit (S. 608—681): Ausdehnung und Bevölkerung, eine Reihe Tabellen und eine schematische Karte; Großbritannien: Wachstum der Bevölkerung, Berufsgliederung; Wirtschaft; Politik; Arbeiterbewegung (S. 616—631); Kommunistische Partei; Irland, Nordirland (Ulster); Kanada (S. 635—640); Südafrikanische Union; Australien (S. 645—650); Neuseeland; Indien (S. 652—665), zusammengestellt von Roy; Nepal, Malayische Staaten, Ostafrika, Arabien, Palästina, Transjordanien, Mesopotamien, Aegypten.

China (S. 692—712): Ausdehnung, Bevölkerung, schematische Karte; Wirtschaft, nationale Freiheitsbewegung; Arbeiterbewegung; Ereignisse des Sommers 1925; militärische und politische Lage von Ende 1925 bis Anfang 1926; Ereignisse der ersten Monate 1926; Bauernschaft und nächste Aufgaben der Kuomintang.

Deutschland (S. 719—767): Allgemeine statistische Angaben; Wirtschaft (S. 721—730); Politik, zusammengestellt von Paul Frölich (S. 730—745); Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbewegung, genossenschaftliche und politische Bewegung, Kommunistische Partei.

Einige Worte zur Einleitung: Der einleitende Artikel des Genossen Sinowjew „Die Perspektiven der Weltrevolution“ stellt im „Jahrbuch“ einen gewissen Anachronismus dar. Genosse Sinowjew behandelt recht ausführlich die „Stabilisierung des Kapitalismus“, sagt jedoch nicht, worin wir das Wesen der Stabilisierung konkret erkennen. Von der „Marschroute der Revolution“ sagt Genosse Sinowjew:

„Betrachtet man die Lage im Weltmaßstabe, so darf wohl behauptet werden, daß allem Anscheine nach die Revolution in Europa auf der Tagesordnung steht, während der Orient erst in zweiter Linie in Betracht kommt. So gelangen wir zur Reihe: Zunächst Europa, darauf der Osten und endlich Amerika.“

Gegenwärtig hören sich diese Weissagungen etwas seltsam an.

In technischer Hinsicht weist das neue „Jahrbuch“ eine Reihe von Verbesserungen auf: die schwerfälligen geographischen Karten außerhalb des Textes sind durch eine Reihe anschaulicher, in den Text eingestreuter Kartenskizzen ersetzt, von der Art der Karten der Wirtschaftsgeographie von Horrabin (erwünscht wäre in der kommenden Ausgabe eine vermehrte Anzahl solcher Karten); die Zahlen sind ausschließlich in metrischen Maßen angegeben, und zwar auch für solche Länder, die (wie die angelsächsischen) in ihren offiziellen Statistiken nach wie vor andere Maße anwenden.

Der neue Band des „Jahrbuches“, dessen zwei erste Ausgaben sich nicht nur bei den aktiven Mitarbeitern der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern auch bei seinen Feinden, die über ähnliche bürgerliche Ausgaben verfügen, das Bürgerrecht erworben haben, stellt im allgemeinen eine bedeutende Errungenschaft dar. Anfechtbar ist, daß es nur einmal in zwei Jahren erscheint, daß es das Ergebnis des kollektiven Schaffens einer großen Anzahl von über die ganze Erde verstreuten Mitarbeitern ist und daß es also im Augenblick seines Erscheinens, angesichts des schnellen Tempos der gegenwärtigen Ereignisse, zum Teil bereits überholtes Material enthalten muß.

Dem könnte vielleicht zum Teil abgeholfen werden, wenn man in dem Zeitraum zwischen den zwei aufeinander folgenden Jahrbüchern ein Ergänzungsheft erscheinen ließe, das das wichtigste Tatsachenmaterial und die wichtigsten neuen Zahlen für das abgelaufene Jahr enthalten müßte.

Zwei wichtige politische Neuerscheinungen:

Vom englischen
Bergarbeiterstreik

KATHARINA CANT:

DIE BERGARBEITER- FRAUEN ENGLANDS IM KAMPF

Mit einer Einführung von
Klara Zetkin

Die Haltung der Bergarbeiterfrauen Großbritanniens ist beispielgebend für die Proletarierinnen aller Länder, wo die Lohnsklaven wider ihre Herren sich erheben. Katharina Cant gibt eine Darstellung von der Haltung der Bergarbeiterfrauen. In schlichter, wahrheitsgetreuer Sachlichkeit, ohne starke, tönende Worte. Die Zahlen und Tatsachen, die sie aneinanderreicht, bedürfen solcher Worte nicht, sie reden lauter, überzeugender, nachhaltiger als alle Worte für jene, die hinter den Zahlen und Tatsachen die lebendigen Menschen suchen und ihr Geschick.

Aus dem Inhalt: Die Verhältnisse in den Kohlenrevieren / Die Bergarbeiterin / Arbeiterinnen in der Industrie / Die Aktionsausschüsse / Aufgaben der Frauen / Das Ende des Generalstreiks / Streikposten und Demonstrationen / Nach dem Streik.

48 Seiten

Preis 30 Pfennig

Zum Anti-Kolonial-
Kongreß in Brüssel

SEMAOEN:

INDONESIEN HAT DAS WORT

Der Niedergang des
holländischen Imperialismus

Die Machenschaften der englischen Imperialisten in China, die blutige Unterdrückung der Volkserhebung auf Java durch die holländischen Kolonialimperialisten erfordern die gespannteste Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

In der vorliegenden Broschüre nimmt der aus Indonesien verbannte Javaner Semaeon, der Leiter des indonesischen Eisenbahnerstreiks von 1923, das Wort zu den Problemen des Fernen Ostens, insbesondere zu denen Niederländisch-Indiens. Nach einem geschichtlichen Rückblick und einer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Bedeutung des Archipels schildert er in eindringlicher Weise Entstehung und Kampf der nationalrevolutionären und proletarischen Bewegung Indonesiens und entwirft die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Völker Asiens und des Weltproletariats gegen den Imperialismus.

44 Seiten

Preis 40 Pfennig

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
Hamburg

Berlin NW 6

Dokumente und Reden englischer Arbeiterführer über den Generalstreik

Zusammengestellt von I. Lewin und L. Zoobok

Aus dem Inhalt: Vorwort. — I. Einleitung: Zusammensetzung des Generalrates. — Tagebuch des Konflikts. — Die Führer über die Kohlenkrise und den Bericht der königlichen Kommission. — II. Die Geschichte des Streiks in der Schilderung der Arbeiterführer: Hinter den Kulissen des großen Streiks. — Neun Tage, die den Generalrat erschütterten. — Cook gegen den Generalrat. — Thomas fleht um Frieden. — Aus einer Rede Macdonalds im Parlament. — Ausgewählte Dokumente: Aufruf des Generalrates des Kongresses der Trade Unions zum Generalstreik. — Richtlinien des Generalrates an alle angeschlossenen Gewerkschaften. — Antwort des Generalrates auf das Ultimatum der Regierung. — Formeln, denen der Generalrat zustimmte. — Erlaß des Generalrates über die Lebensmittelversorgung und über die Stromlieferungen. — Verhaltensvorschriften für die Arbeiter während des Streiks. — III. Die Kapitulation des Generalrates: Briefwechsel zwischen dem Generalrat und Herbert Samuel. — Die Denkschrift-Anlage zum Schreiben von Sir Herbert Samuel. — Antwort der Föderation der Bergarbeiter an den Generalrat der Trade Unions vom 11. Mai 1926. — Protokoll der Verhandlungen über die Kapitulation zwischen der englischen Regierung und den Vertretern des Generalrates der Trade Unions. — Manifest des Generalrates über den Abbruch des Generalstreiks. — „Labour Press Service“, das offizielle Organ des Kongresses der Trade Unions und der Arbeiterpartei, über die Ursachen der Widerrufung des Streiks. — IV. Nach dem Streik: Unterhausdebatten über den Streik am 13. Mai. — Thomas' Erklärung im Rundfunk. — Die Vereinbarung zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und den Eisenbahngesellschaften. — Der Aufruf des Generalrats. — Erklärung von drei „linken“ Mitgliedern des Generalrates. — Protest gegen den Generalrat. — Warum der Generalrat den Streik widerrief. — Clynes über den Generalstreik als Kampfmittel. — Snowden über den Generalstreik. — Macdonald über den Generalstreik. — Cook über Hodges. — Man muß den Tatsachen in die Augen sehen (Von S. Cramp.) — Der Generalstreik als wertvolles Experiment. (Von Russell.) — Ueber den Generalstreik. (Von Hicks.) — V. Die Massen und der Streik: Zehn Tage, die das Kabinett erschütterten. — Der Aktionsausschuß im Kohlendistrikt Durham. — Der Verlauf des Streiks in Methil (Fife). — Die Organisation des Streiks im Bezirk Yorkshire (Fred Shaw). — VI. Minderheitsbewegung, KPE. und Generalstreik: Aufrufe und Deklarationen, aus denen sich die Stellungnahme und Tätigkeit der Minderheitsbewegung und der Kommunistischen Partei Englands vor, während und nach dem Generalstreik ergibt.

140 Seiten. Preis 2,50 M. Organisationsausgabe 1,20 M.

Die Organisationsausgabe ist nur zu beziehen durch die Buchhandlungen der VIVA

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder durch die Auslieferungsstelle:
FÜHRER-VERLAG, BERLIN NW6, CHARITÉSTR. 7

J. F. HERRABIN

GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Aus dem Englischen übersetzt von

K. A. WITTFOGEL

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppierter Einzelkenntnisse vermittelt. Was nützt, ist eine Uebersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Ueberblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Uebersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2,50 Mark, Leinen gebunden 3,50 Mark

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

Wien VIII

Berlin SW 48